

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

«Beziehungsmedizin» statt Fallpauschalen

Corona sollte ein Weckruf sein

Interview von Britta Fecke, Deutschlandfunk, mit Prof. Dr. med. Giovanni Maio, Medizinethiker

Britta Fecke: Diese Pandemie, dieser Ausnahmezustand, zeigt auf, was wirklich wichtig ist: zum Beispiel gut ausgestattete Krankenhäuser, ausreichend Intensivbetten und vor allem medizinisches Personal, das nicht immer hart am Limit arbeitet. «Kliniken müssen dem Patienten dienen, nicht dem Profit», sagte am 18. April 2020 auch Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer, und fordert ein neues Finanzierungsmodell nach der Zeit von Corona. Professor Giovanni Maio ist Mediziner, Philosoph und einer der schärfsten Kritiker des deutschen Gesundheitssystems. Ich wollte von ihm wissen, ob uns die langjährige Durch-Ökonomisierung der Kliniken in dieser Krise ein zusätzliches Problem bereitet.

Professor Dr. Giovanni Maio: Ja, natürlich ist es ein grosses Problem! Was wir heute erleben, ist ja im Grunde die Rechnung, die uns gestellt wird. Durch Kapitalisierung der Gesamtmedizin haben wir eine Knappheit erzeugt, die uns jetzt tatsächlich auf die Füsse fällt: die Knappheit des Personals und die Knappheit der Mittel. Wir haben am falschen Ende gespart, und jetzt haben wir eine bedrohliche Knappheit, weil wir vorher falsch gedacht haben. Wir haben gedacht, dass Medizin nach dem Muster eines Wirtschaftsbetriebes zu funktionieren hat, bei dem man klug investieren muss, und wo das vorhält, was sich rechnet. Und das ist ein falsches Denken – die Medizin ist nun mal kein Wirtschaftsbetrieb, sondern Teil des Sozialen, im Grunde eine Praxis der Daseinsvorsorge, und diese Praxis, diese soziale Praxis, obliegt einer anderen Logik als die Wirtschaft. Das hat man verkannt.

Gespart wurde am falschen Ende – das Resultat: falsches Denken

Inwieweit wird diese soziale Logik denn von dem Abrechnungssystem nach Fallpauschalen gestört?

Das Abrechnungssystem der Fallpauschalen war deletär [zerstörerisch/schädlich]. Es war im Grunde der Einstieg in eine Durchkapitalisierung, dergestalt, dass die Kliniken angehalten worden sind, auf Teufel komm raus zu sparen. Und dann haben sie gespart, aber nicht am vernünftigen, sondern am falschen Ende.



Professor Dr. med. Giovanni Maio hat Philosophie und Medizin studiert und sich nach langjähriger internistischer-klinischer Tätigkeit und anschließender Assistentenzeit an medizintheoretischen Instituten im

Fachgebiet Ethik in der Medizin (Juli 2000) habilitiert. 2002 wurde er durch die deutsche Bundesregierung in die Zentrale Ethik-Kommission für Stammzellenforschung berufen, 2004 folgte ein Ruf an die Universität Bochum auf die C4-Professur für Medizinische Ethik und Geschichte der Medizin, 2004 ein Ruf auf die C4-Professur für Geschichte und Ethik der Medizin der RWTH Aachen, 2005 ein Ruf auf das Ordinariat für Biomedizinische Ethik der Universität Zürich, 2005 ein Ruf auf die Universitätsprofessur für Bioethik/Medizinethik der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er ist Direktoriumsmitglied des Interdisziplinären Ethik-Zentrums Freiburg, Direktor des Instituts für Ethik und Geschichte der Medizin,

«Wir brauchen ein neues System, bei dem die Erwirtschaftung von Geldern keine Rolle zu spielen hat in der Medizin, sondern nur die Frage, wie ich dem anderen helfen kann. Ich sehe ja, meine Studenten wollen genau das machen. Sie möchten anderen helfen. Sie möchten nicht für die Bilanzen geradestehen. Natürlich dürfen sie keine Verschwendung betreiben, aber das erreicht man nicht durch dieses Fallpauschalen-System, sondern durch eine kluge Investition in die professionelle Handhabung von Medizin, die als Medizin den Wert auch der Sorgfalt, auch den Wert des niedrigschwelligen Vorgehens, den Wert des behutsamen Vorgehens, stark macht. Und nicht einfach nur so viel wie möglich macht.»

Sie haben am Personal gespart, sie haben an der Kontaktzeit gespart, sie haben im Grunde die Zeit verknappt und auf diese Weise einen Stress evoziert, sie haben die Arbeitszufriedenheit der Heilberufe dezimiert.

Gleichzeitig aber wurden durch die Fallpauschalen die Kliniken dazu angehalten, Umsätze zu generieren, und das hat die gesamte Blickrichtung auf die Medizin komplett auf den Kopf gestellt. Plötzlich hat man gelernt, nicht mehr danach zu fragen, was dem Patienten hilft, sondern danach, was er uns bringt. Und das, finde ich, ist ein falsches Denken, was nicht hätte etabliert werden dürfen, weil auch die Heilberufe selbst mit diesem Denken eigentlich gar nichts anfangen wollten. Das ist ein falsches Denken gewesen, etabliert durch das Finanzierungssystem. Das hat man nicht bedacht, dass man damit eine ganze Kultur verändert, und deswegen hat man dann eben nur das gemacht, was sich rechnet, viele Operationen gemacht, weil die viel Geld bringen, aber gleichzeitig an der Beziehung gespart, an der Kontaktzeit gespart. Das ist doch eine falsche Ausrichtung der Medizin gewesen!

«Ich hoffe sehr, dass Corona als ein Weckruf betrachtet werden wird»

Man kann es ja zum Teil auch daran sehen, dass der kaufmännische Direktor dem ärztlichen Direktor einer Klinik vorgesetzt ist. Können Sie sich vorstellen, dass das nach Corona wieder umgewandelt wird? Also dass man jetzt, wo man bemerkt, wie wichtig ein

Mitglied des Ausschusses für ethische und juristische Grundsatzfragen der Bundesärztekammer.

In seinen Publikationen seit 1998 setzt sich Giovanni Maio für eine menschliche Medizin ein. 2018 ist sein Buch «Werte für die Medizin. Warum die Heilberufe ihre eigene Identität verteidigen müssen» erschienen (München: Kösel). Die zweite Auflage seines Medizinethik-Lehrbuches «Mittelpunkt Mensch. Lehrbuch der Ethik in der Medizin» (2017) enthält eine Einführung in die Ethik der Pflege (Stuttgart: Schattauer). In seinem 2014 erschienenen Buch «Geschäftsmodell Gesundheit: Wie der Markt die Heilkunst abschafft» beschreibt Giovanni Maio unter anderem, was er unter «Beziehungsmedizin» versteht.



ISBN: 978-3-518-46514-1

funktionierendes Gesundheitssystem für uns ist, da noch mal neu denkt?

Ich hoffe sehr, dass Corona – so tragisch es ist – gleichzeitig als ein Weckruf betrachtet werden wird, als ein Weckruf, der aufzeigt, was wirklich wichtig ist. Wichtig ist, dass wir natürlich auch ökonomisches Denken etablieren in den Kliniken, aber die Ökonomie muss der Medizin helfen, sich als Medizin tatsächlich zu verwirklichen – die Ökonomie darf nicht steuern, was die Medizin zu tun hat! Und wir müssen eben daraus lernen, dass wir einen sozialen Bereich haben, der zwar wirtschaftliches Denken notwendig macht, aber nicht im wirtschaftlichen, betrieblichen und letzten Endes auch Rentabilitätsdenken aufgehen darf. Das Denken nach Rentabilitätskalkül ist ein falsches Denken. Jetzt sehen wir ja, dass wir die Krankenhäuser brauchen! Allein die Vorstellung, dass viele Krankenhäuser in dieser Zeit, wo man sie am dringendsten bräuchte, Insolvenz anmelden müssten, zeigt ja auf, wie widersinnig das Finanzierungssystem war. Ein Krankenhaus, das so notwendig ist wie kein anderes, muss heute, weil es kein Geld eintreiben kann, Insolvenz anmelden – widersinnig!

«Der Markt löst die soziale Frage nicht»

Wir müssen anerkennen, dass die Krankenhäuser im Grunde vom Staat und von den Krankenkassen finanziert werden müssen, in dem Sinne, dass sie für eine Versorgung der Bevölkerung gehalten werden müssen. Allein wenn wir uns vorstellen, dass vor wenigen Wochen noch propagiert worden ist, dass wir die Hälfte der Krankenhäuser zu schliessen hätten, weil sich das besser rechnen würde, so ist das doch jetzt als Irrsinn sichtbar! Wir dürfen keine Verknappung dieser wertvollen Ressource der Krankenversorgung vornehmen, nur unter dem Gesichtspunkt, dass es sich nicht rentiert, dass die Krankenhäuser dann rote Zahlen schreiben! Der Staat muss dafür gradestehen, dass die Krankenhäuser das Geld kriegen, wenn der Staat bestimmt hat, wo welches Krankenhaus notwendig ist. Und das kann man nicht durch ökonomische Zahlen feststellen, sondern durch die Frage, wo ein Bedarf an Krankenversorgung da ist und wo nicht. Das sind politische Entscheidungen, das darf man nicht dem Markt überlassen. Der Markt löst die soziale Frage nicht, das muss man sich klar vor Augen führen.

Anreize für eine «Beziehungsmedizin» schaffen

Aber es sind ja nicht nur Fehler im Politischen gemacht worden. Auch viele Nutzer haben das Gesundheitssystem falsch genutzt bzw. ausgebeutet. Es gibt mehr als 500 Millionen Arztkontakte im Jahr in Deutschland! Und man fragt sich ja doch, woher so viele Krankheiten kommen sollen.

Ja, schauen Sie, zunächst einmal müssen wir anerkennen, dass die Patienten heute selbst entscheiden wollen. Und man muss ihnen helfen, dass sie gut entscheiden können. Wir müssen ein System etablieren, bei dem wir die Fehlanreize sofort wegnehmen, den Anreiz, dass es sich lohnt, wenn man viel macht, z. B., dass es sich lohnt, wenn man viel operiert. Dieser Ansatz ist deletär. Ich finde, dass solche Anreize die Medizin aushöhlen, dergestalt, dass dann die Ärzte eher dazu anraten, tatsächlich entsprechende Interventionen vornehmen zu lassen.

Ich finde, man muss einen Anreiz für eine Beziehungsmedizin, für eine sprechende Medizin, für eine Medizin der Begleitung und der Betreuung etablieren und nicht einen Anreiz, so viel als möglich zu machen, weil sich das rechnet. Und die Patienten selbst sind ja in einer Lage, in der sie nicht ganz überblicken können, was ihnen wirklich hilft. Sie sind abhängig, sie sind angewiesen auf den Experten, und deswegen muss man die Experten dahin bringen, dass sie durch die Anreize, die wir haben, das tun, was wirklich vernünftig ist. Aber da haben wir eine Fehlanreizstruktur etabliert, die sich auf die gesamte Kultur negativ ausgewirkt hat.

«Die Medizin ist dafür da, um den Menschen zu helfen»

Welcher Ansatz wäre denn denkbar? Also nicht dieser, dass je mehr Behandlungsmethoden, also je mehr CT, MRT, Operationen ich am Patienten durchführe, desto mehr Geld bleibt hängen, und das hilft dann der durchökonomisierten Klinik – wenn wir also diesen Anreiz ersetzen wollten durch einen anderen, könnten wir das vielleicht durch ein System, bei dem die Zahl der Gesundgebliebenen vergütet wird, die vielleicht einer bestimmten Klinik zugeordnet werden können. Können Sie sich so etwas auch vorstellen?

Nein, auf keinen Fall, schauen Sie, das hört sich zwar gut an, aber wir dürfen die Medizin nicht danach bewerten, ob sie Gesunde produziert oder nicht. Die Medizin ist dafür da, um den Menschen zu helfen, die sich selbst nicht helfen können, das sind oft chronisch Kranke, das sind oft unheilbar Kranke, das sind Kranke, die nicht wieder gesund werden können. Wir müssen es am Ende im Grunde der Logik der Medizin überlassen, was im Einzelfall zu tun ist. Wir müssen an die Professionalität appellieren und den Ärzten die Freiheit zurückgeben, nach rein medizinischen Kriterien vorzugehen. Was wir heute haben, ist eigentlich eine Deformierung, eine Überformung der Medizin nach Kriterien, die mit Medizin selbst, mit der medizinischen Logik wenig zu tun haben.

Deswegen müssen wir die Professionalität hochhalten. Ein Patient möchte von einem Arzt nach Kriterien behandelt werden, die in den Lehrbüchern stehen und nicht in den Abrechnungsmodalitäten verankert sind. Und das ist das Grundproblem: dass wir die Professionalität abgewertet haben. Zum Professionellen des Arztes und auch der Pflegenden gehört, dass man zunächst in die Beziehung investieren muss, dass man zunächst einmal viel zuhören muss, um überhaupt zu begreifen, was das Problem des kranken Menschen ist, denn oft kann man diese Probleme nicht mit einer einzelnen Handhabung lösen, sondern man muss begleiten, man muss betreuen, man muss eben Zeit investieren.

Fortsetzung auf Seite 2

Nur Rhetorik, oder Einsicht?

Überraschende Forderungen nach einer Wiederaufnahme der Industrieproduktion in Frankreich

von Pierre Lévy, Frankreich

Die Verlagerung der pharmazeutischen Produktion zeigt in der aktuellen Gesundheitskrise dramatische Folgen. Sie sind Teil des langen Verlagerungsprozesses der pharmazeutischen Industrie.

Mangel. Das Wort war seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus dem Wirtschaftsvokabular der entwickelten Industrieländer verschwunden. Inmitten der Corona-Virus-Krise erlebt es ein starkes Comeback. Mangel an Krankenhausbetten, aber auch an Masken, Desinfektionsmitteln, Tests, Beatmungsgeräten und Medikamenten...

Covid-19 hat diese dramatischen Defizite aufgezeigt. In Frankreich sind sie das Ergebnis einer bewusst und auf Dauer angelegten Politik, die industrielle Produktion zu verlagern und das Land zu deindustrialisieren. Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich der Anteil der verarbeitenden Industrie an der französischen Wirtschaft demnach halbiert: Sie macht heute nur noch 10 % des inländischen Reichtums aus. Und die leichten Veränderungen der letzten Jahre haben es nicht möglich gemacht, den Trend ernsthaft umzukehren.

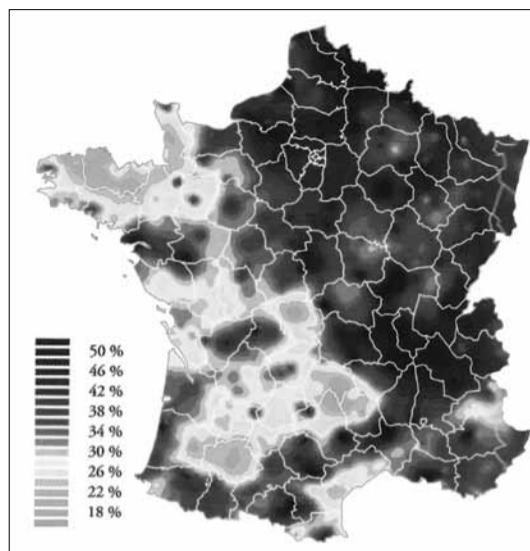
Rückzug des Staates: Zerstörung von Arbeitsplätzen und Daseinsvorsorge

Ein Beispiel unter vielen anderen ist die Schliessung einer grossen Maskenfabrik in Plaines in den Côtes d'Armor Ende 2018, für die eine Verlagerung geplant war. Die französische Firma Spérian war schon vorher, 2010, unter die amerikanische Flagge von Honeywell gewechselt.

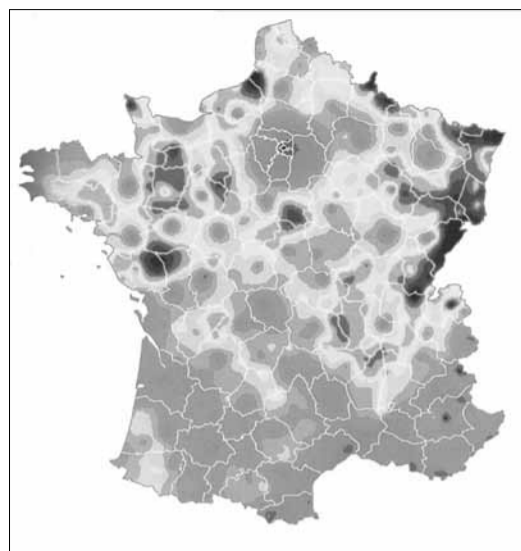
Die Maschinen konnten bis zu 20 Millionen FFP1- und FFP2-Masken pro Monat herstellen. Im Jahr 2005 wurden noch 6 Millionen Euro von der öffentlichen Hand investiert, und es wurde damit 2009, zur Zeit des H1N1-Virus, eine massive Produktion ermöglicht, bevor der Staat beschloss, sich zurückzuziehen.

Zum Zeitpunkt der Schliessung hatten die Gewerkschaftsvertreter aus CGT und CFDT in der Fabrik Emmanuel Macron und den Wirtschaftsminister, Bruno Le Maire aufgefordert, das Unternehmen zu retten. Damals ohne Erfolg. Hinzu kommt, dass die Unternehmensleitung grosse Sorgfalt darauf verwandt hatte, die acht Produktionslinien zu zerstören, damit sie nicht in die Hände eines Konkurrenten fielen. Zuletzt hörte man, dass Gewerkschafter und betroffene Gemeinden versuchen, das Unternehmen wiederzubeleben.

Ein ähnlich tragisches Szenario spielt sich im Luxfer-Werk in Gerzat (Puy-de-Dôme) ab, wobei die anglo-amerikanische Gruppe Luxfer Gas Cylinders als Liquidator fungiert. Bis zum Frühjahr 2019 produzierten dort französische Mitarbeiter medizinische Sauerstoffflaschen – die letzten, die in Frankreich und sogar auf dem ganzen Kontinent hergestellt wurden. Auch hier wieder die gleiche Un-



Die Industrie Frankreichs im Jahr 1968 (linke Karte) und 2008 (rechte Karte) – Anteil der aktiven Bevölkerung im sekundären Sektor (Industrie und Baugewerbe). (Karten zvg)



higkeit des Staates, aber auch dieselbe Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Produktion auf Seiten der Arbeiter, die immer noch nicht aufgeben wollen. Dies um so mehr, als dieses Material angesichts des in die Höhe schnellenden Bedarfs für die Wiederbelebung von entscheidender Bedeutung geworden ist.

«Selbst in einer Kriegswirtschaft ist es schwierig, nicht vorhandene Kapazitäten und verlorengegangenes Know-how zu mobilisieren und die klaffenden Spezialisierungslücken zu füllen», bemerkten die Ökonomen Elie Cohen, Timothée Gigout-Magiorani und Philippe Aghion in einer Kolumne in *Les Echos* (31.3.2020) über diese massive Deindustrialisierung. Sie erinnern uns daran, dass Deutschland seinerseits nicht aufgehört hat, seine Produktionskapazitäten zu verstärken: Die deutschen Bruttoexporte von Tests, die jetzt für Covid-19 mobilisiert werden können, belaufen sich auf fast 2 Milliarden Euro pro Jahr, verglichen mit knapp 200 Millionen Euro in Frankreich.

Massive Abhängigkeiten

Die pharmazeutische Industrie ihrerseits steht bei der Auflösung der Produktionslinien an vorderster Front. Heute werden zwischen 60 % und 80 % der Wirkstoffe ausserhalb der Europäischen Union hergestellt, gegenüber 20 % bis 30 % vor zwanzig Jahren. Von Frankreich selbst ganz zu schweigen. Die Europäische Kommission sagt heute, dass sie eine «Neubewertung» der Produktionsketten innerhalb der EU erwägt. Aber dann?

Indien ist der grösste Lieferant von Generika und Impfstoffen und deckt 20 % der weltweiten Nachfrage. Doch dieses Streben nach finanzieller Effizienz führt um so mehr zu einer gefährlichen Abhängigkeit, als der Subkontinent selbst vom Corona-Virus betroffen ist.

So beschloss Indien am 4. März 2020 zum erstenmal in seiner Geschichte, den Export von 26 Wirkstoffen wie Paracetamol, An-

tibiotika und antiviralen Medikamenten zu stoppen. Das Land wollte sich auch vor der nicht minder massiven Abhängigkeit schützen, in der es sich befindet: Indien importiert fast 70 % seiner Wirkstoffe, die das Herzstück der Arzneimittelherstellung bilden, zumeist aus China. Unter Druck, insbesondere von Seiten der Vereinigten Staaten, gab Premierminister Narendra Modi am 7. April schliesslich 13 Medikamente und Zusatzstoffe frei.

Diese Aufsplitterung auf mehrere Produktionsländer ist um so gefährlicher, als die Konzerne von Sanofi bis Novartis der Meinung sind, dass die Daten über die Herkunft ihrer Produkte, die sie eifrig schützen, Herstellungsgeheimnisse sind.

Nach mehreren Warnungen vor Lieferunterbrechungen für Europa startete die französische Firma Sanofi am 24. Februar die Gründung einer Gesellschaft, um die sechs europäischen Werke, die aktive Wirkstoffe herstellen, zusammenzuführen. Solide Konsolidierung?

Kurzfristige Gewinnoptimierung für wenige statt langfristiger Versorgungssicherheit für alle

In Wirklichkeit beabsichtigt der Konzern, dieses zukünftige Unternehmen, das schliesslich nur noch 30 % des Kapitals hält, als Tochtergesellschaft an die Börse zu bringen. Auf diese Weise kann man sich von dieser Einheit diskret verabschieden. Während öffentliche Institutionen wie BPI-France (die französische Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW) willkommen sind, sich an der Finanzierungsrunde des neuen Unternehmens zu beteiligen, ist es sehr wahrscheinlich, dass sich auch ausländische Fonds gerne beteiligen werden, um Einfluss auf seine Entscheidungen zu nehmen.

Indem sie ihre Produktion auf diese Weise auseinander legen, haben die Hersteller zwar ihre Kosten gesenkt, gleichzeitig aber ihre Produktionskette extrem anfällig gemacht. Und das nicht nur in der pharmazeutischen

Industrie. Eine andere Aktivität, die eng mit der industriellen Geschichte Frankreichs verbunden ist, zahlt gerade ihren Preis: die Automobilindustrie.

Carlos Tavares, Präsident von PSA (Peugeot-Citroën) kann sich rühmen, dass er «nur» 300 chinesische Lieferanten von den insgesamt 8000 hat, was jedoch ausreicht, um die Produktionsketten in Poissy und Rennes zu blockieren. In diesem Fall konzentriert sich China auf eine Produktion mit geringer Wertschöpfung, die 4 % des Preises für den Bau eines Fahrzeugs in Frankreich ausmacht. Vom Ganzen her gesehen stellen diese Teile jedoch 20 %, bei kleinen mechanischen und Kunststoffkomponenten sogar 50 % dar. Unter diesen Bedingungen hat es keinen Sinn, weiterhin Stossstangen in Europa herzustellen, wenn Schrauben und Muttern fehlen, damit die Autos die Fabriken verlassen können.

Überraschende Veränderungen

In der gegenwärtigen Krise führt all dies zu einigen überraschenden Veränderungen in der Vorgehensweise. Philippe Varin, ehemaliger Chef von Peugeot-Citroën (PSA), der beschlossen hatte, den Standort Aulnay-sous-Bois zu schliessen, ist heute als Präsident der Lobby des französischen Arbeitgeberverbandes der Industrie der Ansicht, dass die Krise «den Charakter einer Chance annehmen kann, weil sie die Wiederaufnahme der Produktion in Frankreich ermöglicht».

Eine weitere Wende: Laurence Daziano, Forscherin bei Fondapol, das sich als eine «liberale und europäische Denkfabrik» bezeichnet, fordert ihrerseits in *Les Echos* (7. April) den «Wiederaufbau der französischen Industrie» mit einer «Lenkungs- und Finanzierungsfunktion» für den Staat, der aufgefordert wird, «sich mit bis zu 10 % oder 15 % an strategischen Industrien zu beteiligen».

Doch die spektakulärste rhetorische Kehrtwende findet sich im Elysée-Palast. So plädierte Emmanuel Macron am 13. April für «den Wiederaufbau der Unabhängigkeit Frankreichs in den Bereichen Landwirtschaft, Gesundheit, Industrie und Technologie», nicht ohne an sein Mantra zu erinnern: «mehr strategische Autonomie für unser Europa». «Unser Europa», in diesem Fall die EU, basiert nach wie vor auf dem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften. Und Kapital.

Nach dem letzten Stand der Dinge stellen die europäischen Staats- und Regierungschefs, insbesondere der französische Präsident, dieses grundlegende und existentielle Dogma in keiner Weise in Frage. Die Kluft zwischen Rhetorik und Realität könnte sich daher vergrössern. Aber auch immer deutlicher sichtbar werden.

Quelle: <https://ruptures-presse.fr/categorie/deutsch/> vom 26.5.2020

(Übersetzung aus dem Französischen Ruptures)

«Beziehungsmethoden» statt...

Fortsetzung von Seite 1

«Wir brauchen ein System, bei dem es sich lohnt, wenn man sich tatsächlich kümmert um die Patienten»

Wir brauchen ein System, bei dem es sich lohnt, wenn man sich tatsächlich kümmert um die Patienten, aber gegenwärtig haben wir genau das Gegenteil. Denn die Knappheit, die wir haben – dass die Ärztinnen und Ärzte und auch die Pflegenden keine Zeit mehr haben –, hätte nicht sein brauchen, sie ist nur künstlich implementiert worden, ein künstlicher Stress. Ich finde das unverantwortlich, dass diese Berufsgruppen, die so wesentlich sind für das Wohlergehen einer Gesellschaft, so unter Stress gesetzt worden sind – ohne Not! Es war wirklich ohne Not! Statt dessen haben wir durch diese neue Modalität der Bezahlung im Grunde die Ausgaben ja nur noch potentiell, sie sind ja gar nicht zurückgegangen, weil man ja dann nur noch operiert und nicht mehr gesprochen hat – das ist doch widersinnig, ein solches System!

Das Fallpauschalen-System ist gescheitert

Das heisst zur Sorge, die da oft auch formuliert wird: «Wenn wir das Gesundheitssy-

stem auf neue Füsse stellen, dann wird das alles teurer», würden Sie sagen: «Das muss gar nicht so sein, weil viele Operationen und viele Massnahmen, die gar nicht nötig sind, die fallen ja dann weg, und damit werden auch Kosten gespart.»

Genau, Sie haben das vollkommen richtig gesagt. Im Grunde war das so, dass man die Einführung der Fallpauschalen nur dadurch politisch durchsetzen konnte, indem man gesagt hat: «Wenn wir die nicht einführen, wird alles teurer». Aber das war ja gar nicht richtig. Es gab keine Kostenexplosion. Die ist in den Medien entstanden, aber nicht in der Wirklichkeit. Die Kostenexplosion kam danach: Durch die Fallpauschalen hat man nur noch das Teure gemacht. Und seitdem sind die Kosten nicht hinunter-, sondern eher noch weiter in die Höhe gegangen. Insofern ist dieses neue System der Fallpauschalen in vielfacher Hinsicht gescheitert. Und das muss man doch als Politiker heute anerkennen und das zugeben und nicht daran festhalten. Zugeben, es war ein Fehler, die Fallpauschalen einzuführen, ein katastrophaler Fehler, der den sozialen Gehalt der Medizin erodiert hat. Und auch die Mentalität der Heilberufe tatsächlich in Bedrängnis gebracht hat. Und das Vertrauen der Öffent-

lichkeit in den sozialen Charakter der Medizin tatsächlich zerstört hat. Das sind die Folgen der Durchökonomisierung: die fatalen Folgen des Vertrauensverlustes. Und deswegen müssen wir das System revidieren. Und nicht nur ein bisschen Stellschraubenpolitik machen, sondern wir brauchen ein neues System, bei dem die Erwirtschaftung von Geldern keine Rolle zu spielen hat in der Medizin, sondern nur die Frage, wie ich dem anderen helfen kann.

Ich sehe ja, meine Studenten wollen genau das machen. Sie möchten anderen helfen. Sie möchten nicht für die Bilanzen geradestehen. Natürlich dürfen sie keine Verschwendung betreiben, aber das erreicht man nicht durch dieses Fallpauschalen-System, sondern durch eine kluge Investition in die professionelle Handhabung von Medizin, die als Medizin den Wert auch der Sorgfalt, auch den Wert des niedrigschwelligen Vorgehens, den Wert des behutsamen Vorgehens, stark macht. Und nicht einfach nur so viel wie möglich macht.

Aber warum protestieren nicht mehr Mediziner für genau diese Werte? Denn in der Regel sind sie relativ gebildet, sie haben eine Lobby und sie werden jetzt vielleicht – nach

der vielgefragten Expertise der Virologen – auch noch viel besser gehört?

Ja, das ist in der Tat eine sehr, sehr wichtige Frage, die man nur so – finde ich – beantworten kann, dass wir a) sehen müssen, dass die Ärzte selbst natürlich innerlich zerstritten sind und nicht geschlossen mit einer Stimme sprechen, dass es auch viele Ärzte gibt, die natürlich auch Gewinner des Systems sind. Viele Ärzte sind auch gekapert worden, indem man sie gut bezahlt dafür, dass sie eben nur noch operieren. Insofern gibt es nicht nur Verlierer.

Und b), dass die Ärzte per se nicht sehr politisch sind. Sie sind nicht organisiert in grossen politischen Strukturen. Sie wollen eigentlich Patienten helfen, sie möchten kranken Menschen helfen. Sie sind – von ihrer Grundhaltung her – nicht super politisch. Und das rächt sich jetzt.

Ich sprach mit Giovanni Maio, Mediziner und Philosoph am Institut für Ethik und Geschichte der Medizin, über ein neues Finanzierungsmodell unseres Gesundheitssystems.

Quelle: www.deutschlandfunk.de vom 19.4.2020; Transkript Zeit-Fragen; Abdruck mit freundlicher Genehmigung durch Professor Giovanni Maio und den Deutschlandfunk

Gedanken zu Freiheit, Föderalismus und demokratischer Teilhabe

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Es ist erstaunlich, was derzeit so alles zu hören ist. Die bundesrätlichen Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie seien völlig überrissen und der Lockdown gar nicht nötig gewesen, er habe nur der Wirtschaft geschadet und die Grundrechte der Bürger eingeschränkt. Während die einen die «zentralistische Machtergreifung» in Bern beklagen, ärgern sich andere über den «Flickenteppich», den die wieder zunehmend föderalistischen Entscheide mit sich brächten. Auch das Parlament kriegt seinen Tadel ab, weil es die Frühlingssession wegen der ausgebrochenen Pandemie eine Woche zu früh beendet hat und damit der Exekutive das Feld überlassen habe. Und schliesslich melden sich die Schweizer EU-Turbos allen Ernstes mit der Mitteilung, es habe sich einmal mehr gezeigt, dass es uns mit – oder noch lieber in der EU – viel besser ginge.

In diesem Stimmen- und Stimmungsgewirr empfiehlt es sich, einen klaren Kopf zu bewahren.

Gesundheit an erster Stelle – Schweizer Wirtschaft wird sich erholen

Die allermeisten Menschen waren sehr froh darüber, dass der Bundesrat in der äusserst schwierigen Situation seine verfassungsmässige Aufgabe übernahm, «Massnahmen für die innere Sicherheit» der Schweiz zu treffen (BV Art. 185 Absatz 2). Heute hat sich die gesundheitsbedrohliche Lage etwas entspannt, dank dem vorübergehenden Herunterfahren von Teilen der Wirtschaft, dem unermüdeten Einsatz von Ärzten und Pflegepersonal, dem besonnenen Verhalten der Bevölkerung und dem stetigen Abwägen der nächsten Schritte durch den Bundesrat und seine Expertengremien.

Hinterher ist es leicht zu behaupten, die ganzen Einschränkungen wären gar nicht nötig gewesen. Als medizinischer Laie nehme ich lieber die Hinweise von Fachleuten zur Kenntnis, dass vieles über das Virus heute noch nicht bekannt ist, sowie ihre eindringliche Empfehlung, die offensichtlich wirksamen Abstands- und Hygieneregeln nicht schleifen zu lassen.

Die mit Corona verbundenen wirtschaftlichen Schäden sind gewiss für viele Länder dieser Welt eine zusätzliche schwere Belastung, während die Schweiz damit zu Rande kommen wird. So haben in einer Umfrage des *Swissmem* (Verband der Schweizer Maschinen-, Elektro- und Metall-Industrie) zwar mehr als 70% der Unternehmen angegeben, im laufenden Jahr auch nach dem Ende des Lockdown mit grösseren Umsatz- und Auftragsrückgängen zu rechnen. Dennoch hält

Wirtschaftsredaktor *Lorenzo Bonati* in *Radio SRF News* fest: «Die Schweizer Industrieunternehmen haben sich bis anhin widerstandsfähig gezeigt. Massenentlassungen wie in den USA sind ausgeblieben, auch dank des Instruments der Kurzarbeit. Viele Unternehmen verfügen immer noch über genügend Bargeld. Nur gerade 10% der Covid-Kredite, welche die Banken vergeben haben, sind bis anhin an Unternehmen aus der Industrie geflossen.»¹ Wenn im zweiten Halbjahr die Auftragsgänge erwartungsgemäss weiterhin stagnieren sollten, sind also noch Reserven vorhanden.

Statt zu jammern, sollten wir uns geschlechter überlegen, wie wir anderen Völkern beibringen können. Dies schlägt zum Beispiel die Aussenpolitische Kommission (APK) des Nationalrates vor, die ihrem Rat in der Juni-Session für das laufende Jahr einen «Nachtragskredit für die humanitäre Hilfe» von 100 Millionen Franken zuhanden der Uno, des IKRK und anderer Organisationen für die Corona-Bekämpfung beantragt (Motion 20.3131). Darf es auch es bitzeli mehr sein?

Wie war das doch mit den freien Eidgenossen?

Als langjährige Schweizer Staatskundlerin hatte ich immer mal wieder Diskussionen mit meinen Berufsschülern: Bewilligungspflicht für Demonstrationen? Gar ein polizeiliches Verbot einer Demo aus Gründen der öffentlichen Sicherheit? Wo bleibt da die Versammlungsfreiheit, die in der Verfassung steht? Einer meiner Schüler ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Er verkündete an seinem 18. Geburtstag: «Ab heute mache ich nur noch, was ich will!» Schon nach zehn Minuten beschwerte er sich aber, weil ich ihm kein Arbeitsblatt verteilt hatte – länger hat er das Nicht-Mittun nicht ausgehalten.

Zur Freiheit des Bürgers im direktdemokratischen Staat gehört nämlich das Wissen und das Gefühl dafür, dass die Rechte der Bürger häufig mit Pflichten verbunden sind. Das trifft natürlich für grundlegende Menschenrechte nicht zu: Zum Beispiel gilt das Recht auf Leben bedingungslos und zwingend. Um dieses Recht für jeden einzelnen Menschen zu schützen, sind manchmal auch finanzielle Opfer nötig, wie viele Unternehmer und Arbeitnehmer in den letzten Monaten erfahren mussten.

Die demokratische Teilhabe der Bürger hingegen ist ein Geben und Nehmen. Das Recht mitzubestimmen kann und darf in der direkten Demokratie kein Selbstläufer sein. Wenn wir in der Gemeinde ein neues Schulhaus wollen, müssen wir unter Umständen

bereit sein, den Steuerfuss zu erhöhen. Unsere Gemeinderäte, unsere Regierungen in den Kantonen und im Bund wissen, dass sie uns Mitbürgern nicht einfach befehlen können und wir zu gehorchen haben. Haben Sie einige Medienkonferenzen des Bundesrates seit anfangs März (auf dem Bildschirm) miterlebt? Da sind uns die Bundesräte – manchmal täglich – von gleich zu gleich gegenübergetreten, haben uns kurz informiert und um weitere gute Zusammenarbeit gebeten und dann den Medienleuten und der Bevölkerung (per Telefon) viel Zeit für Fragen und kritische Anmerkungen eingeräumt. Gerne habe ich als Bürgerin mitgedacht und die Verantwortung mitübernommen. Nicht als Einschränkung meiner Freiheit, sondern als Ausdruck meiner Freiheit, eigenverantwortlich mittragen zu dürfen. Es ging um das gemeinsame Ganze – da trat die individuelle Freiheit, einkaufen zu gehen oder sich auf dem Dorfplatz zu treffen, für eine Weile in den Hintergrund.

Übrigens ging es auch bei der Freiheit, die sich die alten Eidgenossen erkämpft haben, nicht um die persönlichen Freiheitsrechte der einzelnen Menschen – diese kannte man damals noch gar nicht. Vielmehr wollten die Bauern in der Innerschweiz ihre Freiheit als Gemeinschaft behalten, sich keinen fremden Herrschern unterwerfen und keine fremden Richter anerkennen.

Freiheit in diesem Sinne steht für die Mehrheit der Schweizer noch heute im Zentrum – wir wollen weder Mitglied der EU noch der Nato werden noch uns einem von der EU diktierten Rahmenvertrag unterwerfen. Da können die Mainstream-Medien lange die Corona-Pandemie benutzen, um sich überschwenklich dafür zu bedanken, dass sich Bundespräsidentin *Simonetta Sommaruga* in den vergangenen Wochen mit den Ministern der EU-Mitgliedsstaaten austauschen durfte. Es folgt der obligate Spruch: Jetzt sehen wir, dass die Schweiz auf die EU angewiesen ist – also legen wir den roten Teppich für den Rahmenvertrag aus...² Als ob die Schweiz nicht schon immer für gegenseitigen Austausch, gegenseitige Hilfe und wirtschaftlichen Handel offen gewesen wäre – aber auf gleicher Augenhöhe, wie unsere Vorfahren in der älteren und jüngeren Geschichte es uns vorgemacht haben. Dazu brauchen weder die Schweiz noch die EU-Mitgliedsstaaten ein zentralistisches Bürokratie-Konzept – ganz im Gegenteil, wie es sich in der derzeitigen Krisensituation zeigt.

Der Föderalismus ein «Flickenteppich»?

Nachdem manche Mitbürger wochenlang gegen die «zentralistische Machtergreifung»

des Bundesrates gewettert haben, entrüsten sich in letzter Zeit andere (oder dieselben?) über die Entstehung eines «Flickenteppichs». Gemeint sind die verschiedenen Herangehensweisen der Kantone auf die allmähliche Wiederöffnung, zum Beispiel der Schulen. Die einen starteten am 11. Mai mit Halbklassen, andere in kleinen Gruppen mit je 1–2 Stunden Unterrichtszeit pro Tag, wieder andere mit Ganzklassen (unter Einhaltung strenger Hygieneregeln) und in zahlreichen weiteren Varianten. Und schon riefen manche Leute wieder nach zentralen Einheitsvorschriften, obwohl inzwischen grössere regionale Unterschiede bei der Verbreitung des Corona-Virus festgestellt worden waren.

So schätzt Epidemiologe *Marcel Tanner*, Mitglied der wissenschaftlichen Task-Force des Bundesrates, die aktuelle Lage ein: «Es brauche jetzt keine national einheitlichen Massnahmen mehr, zumal die Unterschiede zwischen den Kantonen teilweise gross sind.» Jetzt müssten die Kantone «[...] die Lage vor Ort genau im Auge behalten und rasch lokal eingreifen, wenn es notwendig sei». Tanner fügt hinzu: «Wir können uns keinen zweiten, flächendeckenden Lockdown leisten, sowohl sozial als auch wirtschaftlich wären die Schäden fatal.» Mit dem Einsatz des neu vorliegenden Contact-Tracings und gezielten Eindämmungsmassnahmen lokaler Ansteckungsherde sei es möglich, bis zum Vorliegen eines Impfstoffes die Ansteckungszahlen tief zu halten, so Tanner.³

Also bleiben wir bei der Vielfalt der föderalistischen Schweiz und unterstützen wir die stärker betroffenen Kantone nach Kräften beim Kampf gegen das nach wie vor gefährliche Virus. Was weiterhin für alle gilt: Abstands- und Hygieneregeln einhalten!

Schweizer Milizparlament konkret

Noch einige Worte zur Kritik am National- und Ständerat, die sich am 12. März, als die Corona-Pandemie unser Land mit Wucht überfiel, entschlossen haben, ihre Frühlingssession nach zwei Wochen abzubrechen. Damit habe das Parlament ohne förmlichen Beschluss den Bundesrat in eine Rolle gedrängt, die es eigentlich selbst hätte wahrnehmen müssen, so die Kritiker.

Überlegen wir diesen Vorwurf auf dem Boden der Bundesverfassung zu Ende. Zunächst ist das Schweizer Parlament, im Gegensatz zu den meisten anderen europäischen Parlamenten, ein Milizparlament. Es führt jährlich vier dreiwöchige Sessionen durch und trifft sich in der Zwischenzeit in den verschiedenen Kommissionen, um die Sessionen

Fortsetzung auf Seite 4

Sommersession vom 2.–19. Juni 2020: einige wichtige Themen

mw. Gesetzliche Grundlage für ein Proximity-Tracing-System (dringliche Änderung des Epidemiengesetzes)

National- und Ständerat haben in der ausserordentlichen Mai-Session den Bundesrat beauftragt, eine gesetzliche Grundlage für die von ihm geplante Einführung einer Contact-Tracing-App vorzulegen. Mit diesem Instrument soll das Corona-Virus weiter eingedämmt werden.

Die App kommt seit kurzem versuchsweise zum Einsatz. Sie verfolgt zurück, wer in Kontakt mit einer positiv auf das neue Corona-Virus getesteten Person gewesen ist und informiert die Betroffenen unter Wahrung ihrer Anonymität, dass sie sich eventuell infiziert haben. Die Daten sollen dezentral – und nur solange als nötig – gespeichert werden, die Verwendung der App ist freiwillig.

Der Bundesrat hat den Entwurf für die Änderung des Epidemiengesetzes und die Botschaft an das Parlament bereits verfasst. Beide Räte werden in der Juni-Session darüber debattieren, über die Gesetzesänderung entscheiden und das Gesetz – im Falle der Zustimmung – für dringlich erklären. Nach Artikel 165 Absatz 2 der Bundesverfassung tritt ein dringlich erklärtes Bundesgesetz sofort in Kraft, das Referendum kann im nachhinein ergriffen werden.¹

In den Einsatz der Contact-Tracing-App werden hohe Erwartungen gesetzt, die sich

um so besser erfüllen werden, wenn ein möglichst hoher Bevölkerungsanteil dazu bereit ist, die App zu verwenden.

Zusatzfinanzierung von 14,2 Milliarden Franken für die Arbeitslosenversicherung (AIV)

Diesen weiteren Nachtragskredit zum Voranschlag 2020¹ beantragt der Bundesrat dem Parlament, um einer massiven Verschuldung der AIV infolge der starken Zunahme der Kurzarbeit seit Mitte März entgegenzuwirken. Der Bund soll für das laufende Jahr die Kosten der Kurzarbeitsentschädigungen für rund 1,94 Millionen Arbeitnehmer (37% aller Arbeitnehmer) in 190 000 Betrieben übernehmen. Damit soll verhindert werden, dass in der schwierigen wirtschaftlichen Lage die AIV-Prämien für 2021 gemäss Schuldenbremse um 0,3% erhöht werden müssten.²

Die hohe Zahl der Kurzarbeiter zeigt, dass die meisten Unternehmer ihr möglichstes getan haben, um ihre Angestellten nicht entlassen zu müssen. Dank den Kurzarbeitsentschädigungen konnten zahlreiche Arbeitsplätze in die Zeit nach der Wiedereröffnung der Betriebe hinübergerettet werden. Eine segensreiche Institution, die den Erwerbstätigen in jedem Land zu gönnen wäre.

Wirtschaftliche Folgen der Corona-Krise (Postulat des Ständerates)

Der Ständerat hat in der Mai-Session einen Bericht des Bundesrates «über die wirtschaft-

lichen Folgen der Corona-Krise und die Lehren für die Zukunft» verlangt. Der Bundesrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen und «auf einer möglichst breiten Datengrundlage [...] die wirtschaftlichen Folgen dieser Krise detailliert aufzuarbeiten.»³

Wichtig für die Zukunft wird vor allem die Beantwortung der Frage nach den «mittel- und langfristigen Lehren» sein, welche die Schweiz und unsere Behörden aus der Krise ziehen sollten. Dazu wird sicher eine bessere Versorgungssicherheit gehören, nicht nur mit medizinischem Material. Wir tun gut daran, unser Augenmerk besonders darauf zu richten.

Verlängerung der Schweizer Beteiligung an der Kfor (Kosovo)

Die Schweizer Armee leistet seit 20 Jahren Militäreinsätze in Kosovo (*Swisscoy*). Die *Swisscoy* wird benutzt, um die angebliche Notwendigkeit von Auslandseinsätzen der Schweizer Armee zu demonstrieren. Obwohl diese eindeutig gegen die Schweizer Neutralität verstossen und problemlos durch zivile Hilfeleistungen im Ausland ersetzt werden könnten, halten Bundesrat und Parlamentsmehrheit an der regelmässigen Verlängerung der *Swisscoy* fest. So beantragt die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-N) auch dieses Mal «[...] mit 16 zu 8 Stimmen, der Verlängerung des *Swisscoy*-Einsatzes in Kosovo bis Ende 2023 sowie einer Bestandserhöhung

zuzustimmen». Erfreulich sind lediglich die Begründungen der Minderheitsanträge: «Eine Minderheit erachtet einen Militäreinsatz der neutralen Schweiz im Ausland grundsätzlich als falsch. Zudem dürfe der *Swisscoy*-Einsatz nicht zu einem Dauerauftrag werden und müsse nach 20 Jahren vor Ort beendet werden. Eine andere Minderheit erachtet den Einsatz von militärischen Mitteln als nicht zielführend und fordert eine Verstärkung der zivilen Entwicklungszusammenarbeit.»⁴

Den etlichen neuen grünen und grünliberalen Parlamentariern sollte es eigentlich gelingen, zusammen mit der SVP und weiteren Ratsmitgliedern, welche die Schweizer Neutralität hochhalten, eine Mehrheit für die Beendigung der neutralitätswidrigen Militäreinsätze im Kosovo zu erreichen.

¹ am 3. Juni im Ständerat, am 8. Juni im Nationalrat

² Voranschlag 2020. Nachtrag IIa (20.042), am 3. Juni im Nationalrat, am 4. Juni im Ständerat

³ Postulat 20.3132, am 8. Juni im Ständerat. Genaueres dazu siehe: Wüthrich, Marianne. «Alles hat seine verfassungsmässige Ordnung», in: Zeit-Fragen vom 5.5.2020

⁴ Schweizer Beteiligung an der Kfor. Verlängerung des *Swisscoy*-Einsatzes (19.082). Medienmitteilung der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates vom 11.2.2020, am 4. Juni im Nationalrat, am 16. Juni im Ständerat

Covid-19 – vielfach instrumentalisiert

von Karl-Jürgen Müller

Eigentlich wäre die Sache ganz einfach: Covid-19 ist eine durch ein neu aufgetauchtes Corona-Virus verursachte Krankheit, die auch zum Tode führen kann. Wenige Monate nach dem erstmaligen Auftreten dieses Virus weiss die medizinische Wissenschaft zwar schon einiges über das Virus und dessen Wirkungen, viele Fragen sind aber auch noch offen, auch die nach dem ganzen Ausmass der mit einer Ansteckung verbundenen möglichen Erkrankungen. Es ist deshalb sehr ratsam, die Ansteckungsgefahr so gering wie möglich zu halten.

Kernaufgabe des Staates ist es, Gesundheit und Leben seiner Bürger soweit wie möglich zu schützen und die dafür notwendigen Massnahmen entweder selbst zu organisieren oder aber zu unterstützen. Wie dies am besten gelingen kann, darüber muss immer wieder und je nach den Umständen diskutiert und entschieden werden. Dabei ist es durchaus möglich, dass andere Grundrechte zu Gunsten des Rechts auf Gesundheit und Leben – zeitlich begrenzt – beeinträchtigt werden. Jedoch sind immer Mittel und Wege zu suchen, die es jedem Bürger ermöglichen, alle seine Grundrechte so gut wie möglich wahrzunehmen. Wie dies gelingen kann – auch hierüber muss immer wieder und je nach den Umständen diskutiert und entschieden werden.

Öffentliche Diskussionen sind wichtig

Auch denjenigen, die gegen die staatlichen Massnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie Widerspruch erheben, darf nicht pauschal die Ernsthaftigkeit und die Sorge in der Sache abgesprochen werden. Die staatli-

chen Massnahmen hatten und haben zum Teil sehr einschneidende Konsequenzen. Niemand kann heute und konnte auch in den vergangenen Monaten mit absoluter Sicherheit sagen: Ich kenne die richtige Lösung für unser Problem. Dass heute viele kritische Stimmen als «Verschwörungstheorie» oder noch Schlimmeres abgetan werden, ist in der Sache nicht angemessen und hilft nicht weiter, sondern ist oftmals politisch motiviert.

Es ist gut, wenn die staatlichen Massnahmen zum Schutz der Bürger vor einer Erkrankung an Covid-19 und für eine ausreichende medizinische Versorgung der dennoch Erkrankten öffentlich diskutiert werden, auch kontrovers. Der Idealfall wäre das ganz an der Sache orientierte Gespräch – mit dem Ziel, immer wieder neu die beste Lösung zu finden.

Ist dies der Zustand in unseren Ländern?

Stimmungswandel

Zweifel sind angebracht. Am 27. Mai 2020 berichtete die Sendung *Zapp* des *Norddeutschen Rundfunks* (NDR) über die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts *infratest dimap*. Die Umfrage findet seit Mitte März in regelmässigen Abständen statt, und ein wesentliches Ergebnis der aktuellsten Umfrage (im Zeitraum 18.–22. Mai 2020) ist: «Jeder fünfte Wahlberechtigte in Deutschland meint, dass «Politik und Medien die Gefährlichkeit des Corona-Virus ganz bewusst übertreiben, um die Öffentlichkeit zu täuschen.» Der Anteil derjenigen, die diese Meinung haben, schwankt stark, je nach politischer Orientierung. So

stimmen 54 % der deutschen AfD-Anhänger der zitierten Aussage zu. Der Anteil schwankt auch je nach Mediennutzung: Bei Personen, die «Social-Media-Plattformen aktiv nutzen», sind es 31 %. Wie ist das zu erklären? Sind diese Menschen dem Staat gegenüber so misstrauisch, weil sie besser informiert sind als andere? Oder zeigt sich hier, wie stark die eigene Weltanschauung und politische Orientierung die Stellungnahme zu Covid-19 und zu den staatlichen Massnahmen prägen?

Am 29. Mai 2020 titelte *NZZ online*: «Im Netz haben sich viele mit ihren Mitmenschen solidarisch gezeigt – jetzt nehmen Beleidigungen zu». Zur Untersuchung heisst es: «Die Forschungsstelle *Sotomo*¹ hat die Emotionen, Akteure und Risikowahrnehmungen in der digitalen Debatte während der Corona-Krise untersucht. Es wurden rund 930 000 Online-Kommentare verwendet, die [...] vom 3. März bis am 25. Mai auf *Twitter* und den kostenlos zugänglichen Schweizer Online-News-Plattformen *20Minuten*, *Blick online*, *Watson*, *SRF News* und *Nau* publiziert wurden.» Im *NZZ online*-Bericht ist zu lesen: «Als etwa ab Mitte April klar wird, dass die Schweiz die erste Ansteckungswelle des Corona-Virus wohl ohne ein Desaster überstehen wird, nimmt die Dominanz der Kommentare mit Solidaritätsbekundungen [...] etwas ab. Auch das vorher sehr ausgeprägte Loben der Mitmenschen, des Spitalpersonals, der Wissenschaftler und des Bundesrates geht zurück. Seit den ersten Lockerungen werden Beleidigungen und Beschuldigungen dominanter. Die hier untersuchten Kommentare umfassen wütende Äusserungen, Fluchworte,

Bekundungen von Frustrationen sowie anklagende Worte, unter denen «hirnlos» und «bescheuert» zwei eher harmlose sind. Die Wut steigt dann zur zweitwichtigsten Emotion auf und nimmt weiter leicht zu.»

Wie ist dies zu erklären? Gibt es gute Gründe für diesen Stimmungswandel? Oder sehen wir hier das Resultat von Stimmungsmache? Einer Stimmungsmache, die längst die Grenzen der sogenannten Alternativmedien überschritten und auch den Mainstream erreicht hat?

Weltanschauungen, Politik, Interessen... und wohl auch einig Irrationale

Sicher sagen kann man heute: Covid-19 wird – wie viele andere Themen – benutzt – man könnte auch sagen: missbraucht –, um eine schon vor dem Auftreten der Erkrankung vorhandene weltanschauliche und politische Agenda und/oder handfeste (nicht per se unberechtigte) materielle Interessen zu verfolgen.

An alle Stimmen zu den bisherigen staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ergeht deshalb die Frage nach ihren Motiven und Zielen: «Sie haben sich mit Ihren Druckerzeugnissen, Internetseiten, sozialen Netzwerken und öffentlichen Bekundungen zum Thema Corona zu Wort gemeldet. Wollen Sie damit konstruktiv dabei mithelfen, die Probleme unseres Landes in vielen kleinen Schritten zu lösen, und zwar mit allen anderen massgeblichen Kräften gemeinsam (Reformansatz)? Oder sind Sie der Meinung, dass unser politisches, wirtschaft-

Fortsetzung auf Seite 5

Der «Lockdown» und die «neue Normalität»

von Barbara Schur

Im Zusammenhang mit dem Corona-Virus tauchen Wörter auf, die wir zunehmend in unseren Wortschatz integrieren. Viele davon haben zwar schon existiert, hatten aber für die Durchschnittsbevölkerung keine grosse Bedeutung. Wer hat sich schon mit dem Tragen von Masken beschäftigt ausser dem medizinischen Personal oder Menschen in der Industrie oder vom Bau? Manche dieser Wörter sind deutsch, viele sind englisch. Wer hat vor einem Jahr schon täglich das Wort «Reproduktionszahl» gehört oder «social distancing», «Prävalenz» oder «attack rate»? Welches Wort wird wohl das Wort des Jahres 2020 werden? Vielleicht «Lockdown», oder eher «neue Normalität»?

«Lockdown»

Der «Lockdown» war und ist wohl für uns alle eine einschneidende Erfahrung. Jeder muss in seinem Umfeld damit umgehen lernen und sein Leben anders organisieren. Am härtesten sind natürlich allein stehende alte Menschen und solche in Heimen betroffen. Für viele wird es trotz unterstützender Massnahmen wirtschaftlich eng bis kritisch.

Übers Ganze betrachtet, war der eigentliche Lockdown nur eine kurze Zeitspanne. Überall hört man Stimmen, die von einer Chance spre-

chen, aus dieser Krise zu lernen und die Zukunft besser zu gestalten.

Und vielleicht ist es gar nicht so schlecht, im persönlichen wie auch im gesellschaftlichen Leben über die Bücher zu gehen. Beispielsweise sieht man viel mehr Kinder, Jugendliche und Erwachsene draussen spielen. Dass man nicht ständig von Ort zu Ort hetzt und auch einmal auf dem Balkon entspannen kann, könnte ja von jetzt an wieder ins Leben eingebaut werden.

«New normal», «neue Normalität»

Was länger anhalten wird – niemand weiss, wie lang –, ist das, was nach dem Lockdown kommt. Auf jeden Fall wird das nicht die alte Normalität sein. Es scheint, dass wir wirklich auf eine «neue Normalität» zugehen. Der Begriff der «neuen Normalität» («the new normal») in bezug auf das Leben nach der Corona-Krise wird im angloamerikanischen Fernsehen seit ein paar Wochen täglich verwendet. Er erscheint nun auch in den deutschsprachigen Medien immer häufiger. Die Vorstellung, dass man nach der Corona-Krise einfach wieder zur Tagesordnung zurückkehren kann, schwindet.

Der Begriff der «neuen Normalität» ist aber nicht so neu und wurde nicht durch die

Corona-Krise geprägt. Er hat eine längere Geschichte und ist aus dem Amerikanischen übernommen worden.

«The new normal» ist ein Begriff aus Business und Wirtschaft, der sich auf die finanziellen Bedingungen nach der Finanzkrise von 2007 bis 2008 und die Nachwirkungen der globalen Rezession von 2008 bis 2012 bezieht. Die Finanzkrise von 2008 habe eine «neue Normalität» hervorgebracht, welche eine fundamentale Restrukturierung der ökonomischen Ordnung beinhaltet. «The new normal» wird oft als Bezeichnung für einen digitalen Kapitalismus, im Zusammenhang mit dem Silicon Valley oder China, verwendet. Zum ersten Mal habe jemand im Jahr 2001 diesen Begriff im Zusammenhang mit den Terroranschlägen aufs *World Trade Center* verwendet. Der 11. September 2001 (9/11) habe die USA in eine «neue Normalität» gestürzt. Seither gilt der Begriff als «buzzword», als Modewort oder Schlagwort.¹ Der Begriff wurde seitdem in einer Vielzahl von anderen Kontexten verwendet, um zu implizieren, dass etwas, was zuvor «nicht normal» war, jetzt zum Alltag gehört.²

So erschien zum Beispiel 2012 eine US-amerikanische Sitcom mit dem Titel «The new normal», worin es um neue Familienmuster und Genderfragen geht.

2010 fragte eine Journalistin, ob «Dicksein die neue Normalität» in den USA sei.

In ihrem Artikel geht es darum, dass viele Amerikaner Übergewicht haben. Dadurch würde sich die Wahrnehmung, was schlank oder dick ist, verschieben.³

Dies nur zwei aus unzähligen Beispielen. Gibt man bei *Google* den Begriff «neue Normalität» als Suchwort ein, so werden 11,5 Millionen Einträge gezählt (Stand 30. Mai 2020). Auch *Wikipedia* hat sich des Begriffes schon angenommen.

Unabhängig von unserer politischen Einstellung werden wir durch das Coronavirus als ganze Gesellschaft herausgefordert, Politik, Ökonomie und unser Alltagsleben zu überdenken und, wo es nötig ist, zu reorganisieren. Wir können nicht einfach zurück zur Normalität. Ob aber das, was mit «neuer Normalität» bezeichnet wird, auch ein Fortschritt für die Menschheit sein wird oder ob nicht vielmehr ganz spezielle Interessen zum Zuge kommen wollen, ist eine andere wichtige Frage. •

¹ Roberts, Alasdair. «Four Crises of American Democracy», Oxford University Press, 2017

² Wikipedia: New Normal, business

³ Rauh, Sherry. «Is Fat the New Normal?», 2010

«Gedanken zu Freiheit, Föderalismus...»

Fortsetzung von Seite 3

vorbereiten und sich zu aktuellen Themen zu äussern. Ganz konkret, liebe Kritiker: Was hätten die beiden eidgenössischen Räte in der dritten Woche der Frühlingssession denn tun sollen? Hätten sie Mitte März, als vieles noch unklar war, innert fünf Tagen die notwendigen Schritte für die kommenden Monate debattieren und beschliessen können? Eine schlicht unmögliche Aufgabe. Hätten sie dem Bundesrat eine Vollmacht erteilen sollen wie vor dem Zweiten Weltkrieg? Um Himmels willen, nein!

Gemäss der schweizerischen Bundesverfassung ist dies auch gar nicht nötig. Es ist Aufgabe des Bundesrates, die notwendigen Massnahmen zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung zu beraten und zu beschliessen, wie er es zeitweise täglich tun musste (BV Artikel 185 Absatz 2). Überdies sieht Artikel 7 des *Bundesgesetzes über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Men-*

schen (Epidemiengesetz) vor: «Wenn es eine ausserordentliche Lage erfordert, kann der Bundesrat für das ganze Land oder für einzelne Landesteile die notwendigen Massnahmen anordnen.»

In diesem Sinne halten drei Professoren für Staats- und Verwaltungsrecht der Universität Freiburg/Fribourg fest: «Der Bundesrat hat sich unseres Erachtens bisher grundsätzlich auf dem Boden gesetzlicher und verfassungsrechtlicher Zuständigkeiten bewegt.»⁴ Sie weisen darauf hin, dass es dem Gesetzgeber überdies unbenommen bleibt, seine eigenen Möglichkeiten zu Einflussnahme und Kontrolle in ähnlichen Situationen zu stärken.

Nicht zu vergessen ist: Auch die Gesundheit unserer National- und Ständeräte muss uns ein Anliegen sein. Wenn es in ihren engen Sitzungszimmern Corona-Kranke oder gar Tote gegeben hätte – nicht auszudenken!

Tatsache ist auch, dass das Parlament im Hintergrund immer dabei war. So haben sich zum einen alle Fraktionen hinter den Bun-

desrat und seine Befugnisse zur Regelung der ausserordentlichen Lage gestellt. Zum anderen haben Nationalratspräsidentin *Isabelle Moret* und Ständeratspräsident *Hans Stöckli* bereits am 19. März 2020 mitgeteilt, dass dringende Kommissionssitzungen (zum Beispiel der Finanzdelegation FinDel, deren Zustimmung zu den dringlichen Krediten des Bundesrates vorgeschrieben ist) unter Einhaltung der Abstandsregeln stattfinden und die Ausserordentliche Session für anfangs Mai vorbereitet werden sollte. («Schweizer Parlament bleibt in der Krise handlungsfähig». *Medienmitteilung* vom 19.3.2020)

Sobald es aus epidemiologischer Sicht ratsam war, haben die Kommissionen beider Räte ihre Arbeit wieder aufgenommen. Ab dem 6. April arbeiteten sie die bundesrätlichen Beschlüsse der letzten Wochen auf und bereiteten ihre Sondersession zur Corona-Pandemie (4.–8. Mai 2020) vor.

Übrigens war der Bundesrat der erste, der das Parlament gebeten hat, eine solche Session durchzuführen und zu den Anträgen

und Beschlüssen der Exekutive das Machtwort des Gesetzgebers zu sprechen. Der Einwand, dass das Parlament ja gar nicht mehr viel ändern konnte, ist zwar berechtigt. Aber es spricht für die gute freundeidgenössische Zusammenarbeit, dass die National- und Ständeräte mit überdeutlichen Mehrheiten die Entscheide des Bundesrates unterstützt und sich für seinen grossen Einsatz bedankt haben. •

¹ Bonati, Lorenz. «Krise trifft Schweizer Metallindustrie schwer.» *Rendez-vous* vom 26.5.2020

² siehe zum Beispiel der Brüsseler Korrespondent des *St. Galler Tagblatt*, Remo Hess, am 25.5.2020, unter dem bezeichnenden Titel: «Fast eine Familie» und dem Lead «Während Corona arbeiteten Bern und Brüssel Hand in Hand. Nun hofft man, dass dieser pragmatische Geist noch etwas weiterlebt.»

³ Fabian Schäfer. «Mini-Lockdowns» gegen das Virus. *Neue Zürcher Zeitung* vom 23.5.2020

⁴ Stöckli, Andreas; Belser, Eva Maria; Waldmann, Bernhard. «Gewaltenteilung in Pandemiezeiten». Gastkommentar in der *Neuen Zürcher Zeitung* vom 26.5.2020

«Die Idee ist, China als wirtschaftlichen Rivalen auszuschalten»

Zeit für Zusammenarbeit und internationale Solidarität

Interview von Adrial Kasonata, Asia Times, mit Alfred de Zayas, Professor für Völkerrecht, ehemaliger Sekretär des UN-Menschenrechtsausschusses und unabhängiger Experte der Uno für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung von 2012 bis 2018

Adrial Kasonata: Es gab die kolossalen internationalen Schäden, die durch Fukushima und Tschernobyl verursacht wurden, aber als diese eintraten, zeigte die Welt Solidarität. Wenn es um Wuhan geht, werden wir Zeugen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, die nicht nur aus den Mündern der wichtigsten westlichen Politiker kommen, sondern auch von den Mainstream-Medien gepriesen werden.

Prof. Dr. iur. Dr. phil. Alfred de Zayas: Geld regiert die Welt. Und sehr viele Bürger der USA, Kanadas, Grossbritanniens, Frankreichs und Deutschlands mögen China nicht – wegen seines wirtschaftlichen Erfolgs. Die Idee ist, China als wirtschaftlichen Rivalen auszuschalten, China zu «kolonisieren» und die chinesische Industrie für den Westen arbeiten zu lassen, so wie in Zeiten der Opium-Kriege im 19. Jahrhundert. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind bei den Politikern und Medien vorhanden. Sie sind nicht die Quelle des Problems – aber ein nützliches Mittel, um China zu verfeuern.

Hat der Plan, China auf Billionen von Dollars zu verklagen, völkerrechtlichen Wert? Stimmt es, dass China gegen die Internationalen Gesundheitsvorschriften von 2005 verstossen hat?

Der Plan hat weder völkerrechtliche noch faktische Berechtigung. China hat keine unerlaubte Handlung begangen. Ein unvoreingenommener Beobachter mag denken, dass China zu Beginn der Fälle von Lungentzündungen in Wuhan vielleicht zu vorsichtig war – versuchte, Panik zu vermeiden, untersuchte, rief die WHO um Hilfe an. Im nachhinein denken wir, dass sie schneller hätten handeln können. Aber wenn das Virus in den Vereinigten Staaten, in Russland, in Ägypten ausgebrochen wäre, hätten diese Länder dann schneller gehandelt?

Die Internationalen Gesundheitsvorschriften [IGV] der WHO bilden einen nützlichen Rahmen für die internationale Zusammenarbeit beim Informationsaustausch und bei der Durchführung koordinierter Massnahmen gegen Pandemien. Sie bestehen aus 66 Artikeln und neun Anhängen. Gegenwärtig gibt es 196 Vertragsstaaten.

Die IGV sind keine Konvention mit Haftungsvorschriften und schon gar nicht mit «unbeschränkter Haftung». Die IGV sehen auch keine Art von «Bestrafung» vor. Hätte es eine «Gefährdungshaftung» im Zusammenhang mit der Schnelligkeit, mit der der Alarm ausgelöst wurde, gegeben, hätte kein Land das Abkommen unterzeichnet, am wenigsten die Vereinigten Staaten.

Ist China für die verheerenden Folgen von Covid-19 verantwortlich?

Nein. China ist ein Opfer der Pandemie wie alle anderen. Obwohl China das erste Land war, das Alarm geschlagen hat, ist nicht sicher, dass das Virus tatsächlich in Wuhan entstanden ist, denn es gab zahlreiche Berichte, dass das Virus bereits anderswo aufgetaucht sei. Die Untersuchungen sind im Gange, und wir erfahren mehr über seinen Ursprung und warum es so ansteckend wurde.

Dies ist die Zeit für Zusammenarbeit und internationale Solidarität. Es ist weder die Zeit für Schuldzuweisungen noch für aufwendige, unsinnige und ablenkende Rechtsstreitigkeiten.

Offensichtlich brauchten die chinesischen Beamten Zeit, um den Ausbruch der Lungentzündung zu beobachten, ihre Entwicklung zu studieren, das neue Virus zu identifizieren und die Gefahr für China und die Welt zu bewerten. Sie informierten die WHO im Dezember, und die WHO schickte ihre Bevollmächtigten nach China. Soweit ich beurteilen

kann, wurden die Internationalen Gesundheitsvorschriften eingehalten. Vielleicht hätten wir eine frühere Identifizierung des Virus vorgezogen – aber im nachhinein wissen wir es immer besser.

Alle verantwortlichen Regierungen müssen über Notfallpläne verfügen, um auf unerwartete Ereignisse wie Vulkanausbrüche, Erdbeben, Tsunamis, Wirbelstürme, aber auch Pandemien reagieren zu können. Hätten die Vereinigten Staaten nicht den Krankenhäusern und der Gesundheitsinfrastruktur die Finanzierung entzogen, hätte die Profitsucht nicht zur Privatisierung eines Grossteils des Gesundheitssektors in den Vereinigten Staaten geführt, wären wir besser vorbereitet gewesen.

Das Problem liegt in den falschen Prioritäten – der US-Kongress hat dem Militär den Vorrang gegeben und ein Billionen-Dollar-Militär genehmigt. Wir haben auch ein weltweites «Massenüberwachungsprogramm», das uns der ehemalige CIA-Agent Edward Snowden (lesen Sie sein Buch «Permanent Record», 2019) offenbart hat.

All dieses Geld hätte für Forschung und Entwicklung im Gesundheitssektor verwendet werden können – zur Bekämpfung von Krankheiten, zur Entwicklung von Impfstoffen, zum Bau besserer Beatmungsmaschinen usw., Prävention und Vorsorge hätten US-Politik sein sollen – statt in Panik zu geraten, wenn ein Notfall eintritt.

Leider haben die Vereinigten Staaten eine «Ich werde Sie verklagen»-Kultur, die diesem infantilen Wunsch dient, die «Bösen» zu «bestrafen» und das Gesetz gegen andere zu instrumentalisieren – anstatt das Gesetz als gemeinsame Pflicht zu konstruktiver Zusammenarbeit zu betrachten.

Die einschlägige Bestimmung in den IGV ist Artikel 56 über die Beilegung von Streitigkeiten vor der Gesundheitsversammlung

der WHO. Doch 2005 wollten die USA noch nicht einmal eine potentielle Haftung ins Auge fassen. In einem ihrer Vorbehalte machten die USA ihr Verständnis deutlich, dass «die Bestimmungen der IGV keine gerichtlich einklagbaren privaten Rechte schaffen.»

In diesem Zusammenhang erscheint es den Vertragsstaaten jedoch vernünftig, darüber zu diskutieren, ob die von den USA gegen Kuba, Iran, Nicaragua, Sudan, Syrien, Venezuela usw. verhängten Sanktionen die Fähigkeit dieser Länder zur wirksamen Bekämpfung von Covid-19 nicht erheblich geschwächt haben und ob die Gesundheitsversammlung die USA nicht auffordern sollte, die Sanktionen zumindest während der Pandemie aufzuheben, da die Sanktionen eindeutig gegen Geist und Buchstaben von Artikel 44 IGV verstossen.

Wie stellen Sie sich die Welt nach Covid-19 vor? Was müssen «wir» und «andere» tun, um aus dieser gemeinsamen Tragödie eine richtige Schlussfolgerung zu ziehen, um diesen Globus für die kommenden Generationen zu einem besseren Ort zu machen?

Entweder wir kooperieren oder wir gehen gemeinsam unter.

Die Welt nach Covid-19 kann und darf nicht zum «business as usual» zurückkehren. Wir brauchen einen Paradigmenwechsel weg vom Neoliberalismus, der wesentlich dazu beigetragen hat, dass so viele Länder auf die Bekämpfung der Pandemie nicht vorbereitet sind. Wir brauchen ein echtes Engagement für die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, für Multilateralismus statt Unilateralismus. •

Quelle: <https://asiatimes.com/2020/05/achieving-an-equitable-world-order/> vom 19.5.2020 (Auszüge) und <https://asiatimes.com/2020/05/road-to-recovery-no-time-for-blaming-others/> vom 20.5.2020 (Auszüge)

(Übersetzung Zeit-Fragen)

«Covid-19 – vielfach instrumentalisiert»

Fortsetzung von Seite 4

liches und gesellschaftliches System derart marode ist, dass nur ein radikaler Systemwechsel mit einer absoluten Entmachtung der bislang Mächtigen Abhilfe schaffen kann (Revolution)? Oder haben Sie ganz andere, nicht offen deklarierte Motive und Ziele?» Zugegeben, diese Fragen sind zugespitzt – aber herausfordernd gemeint.

Mehr Globalisierung, mehr Global governance, mehr Konflikte, mehr Armut...

Es gibt auch die Kräfte, für die Covid-19 ein Anlass ist, noch stärker als bislang für mehr Global governance zu plädieren. Diese Kräfte haben dies auch schon vor Covid-19 getan ... und sie tun es jetzt eben erneut. In der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 23. Mai 2020 hat sich sogar Richard N. Haass, der Präsident des US-amerikanischen Council on Foreign Relations, zu Wort gemeldet, in Anbetracht von Covid-19 die verbreitete Globalisierungskritik aufgegriffen und trotzdem für mehr Globalisierung plädiert: «Die Globalisierung ist kein Problem, das von den Regierungen zu lösen ist, sondern eine Realität, mit der wir umgehen müssen. Wer für eine umfassende Deglobalisierung eintritt, entscheidet sich nicht nur für ein falsches Heilmittel, sondern auch für etwas, was die diagnostizierte Krankheit an Übel übertrifft.» Das neoliberale Globalisierungsmodell wurde noch nicht zu den Akten gelegt – obwohl es auch gewichtige Stimmen gibt, die in eine andere Richtung gehen. So zitierte dieselbe Zeitung am 25. Mai 2020 die designierte neue Chefökonomin der Weltbank, die Harvard-Professorin Carmen Reinhart, mit den Worten, die Corona-Krise sei der «Sargnagel der Globalisierung». Dazu passend betitelte die Zeitung einen anderen Artikel in derselben Ausgabe mit «Politiker besinnen sich auf den Nationalstaat zurück».

Neue kalte Krieger in den Nato-Staaten und So-wie-Nato-Denker sonstwo in der

Welt sehen in der Corona-Pandemie eine weitere Gelegenheit, Russland und China auf die Anklagebank zu setzen. Der Silberstreifen Hoffnung, dass mit einer alle Völker gleichermassen bedrohenden Krankheit mehr Zusammenhalt und gegenseitige Hilfe zwischen allen Staaten und Völkern Wurzeln schlagen, hat sich auf der politischen Ebene vorerst als Trugbild erwiesen. Im Gegenteil, im Schatten der Corona-Pandemie wird so manche weitere friedensgefährdende Entscheidung getroffen. Die angekündigte Kündigung des Open-Skies-Abkommens durch die US-Regierung² gehört hierzu, wie auch die drohende Entwicklung im Nahen Osten nach der neuen Regierungsbildung in Israel. Und das Wettrüsten wird auch fortgesetzt.

Zu befürchten ist zudem, dass die mühsamen Fortschritte bei der Bekämpfung des Hungers in der Welt zur Makulatur werden. Viele Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sind von den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie besonders stark betroffen.

... und mehr Digitalisierung?

Nicht zuletzt: Der Eindruck, dass Covid-19 als eine Art 9/11 für die Digitalisierung der Schulen missbraucht werden soll, verfestigt sich. Wer am 25. Mai 2020 die ARD-Sendung «Hart aber fair» gesehen hat, musste schockiert darüber sein, wie massiv und einseitig nun für die Digitalisierung der Schulen öffentlich Propaganda gemacht wird und wie die vielen soliden kritischen Stimmen hierzu ausgeblendet werden sollen.

Was wird aus der EU?

Besonders interessant für uns in Europa ist der Blick auf die EU. Welche Pläne gibt es dort? «Der Mensch akzeptiert die Veränderungen nur unter dem Druck der Notwendigkeit.»³ Jean Monnet, einer der wichtigsten Strippenzieher bei Beginn der Supranationalisierung in Europa Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre hat diesen

Satz formuliert und damit zum Ausdruck gebracht, dass «Krisen» ein entscheidender Motor bei der schrittweisen Supranationalisierung der Politik der europäischen Staaten sein sollen. Mitte März, als die europäischen Nationalstaaten ihre ersten Massnahmen gegen die Corona-Pandemie beschlossen, geriet die EU in eine Krise. Viele – zum Teil befürwortend, zum Teil aber auch ablehnend – sprachen von einer «Renationalisierung der Politik». Die EU hat im Bereich der Gesundheitspolitik keine vertraglichen Befugnisse, die nationale Politik musste und wollte entscheiden. Nun aber deutet sich wieder mehr, noch mehr EU an. Nicht im Bereich der Gesundheitspolitik, aber in der Finanzpolitik. Stichworte dazu sind die wieder aufgenommene Debatte über Euro-Bonds für hoch verschuldete EU-Staaten, ganz konkret der gemeinsame Plan von Angela Merkel und Emmanuel Macron, der EU-Kommission einen Kreditrahmen von 500 Milliarden Euro als Gelder für Konjunkturprogramme der von Covid-19 betroffenen EU-Staaten zu gewähren, die diese Länder nicht zurückzahlen müssen. Nicht nur die Kritiker des Programms sehen hierin einen grossen Schritt hin zu einer «Vergemeinschaftung» der Finanzpolitik der EU-Staaten und damit zu einer Aushöhlung des nationalstaatlichen Haushaltsrechts.

Mehr noch: Ganz offen wird davon gesprochen, dass die Investitionen, die mit den geplanten 500 Milliarden Euro Konjunkturförderungen angestossen werden sollen⁴, Teil des «European Green Deal» sein sollen. Die Wirtschaftsstruktur in den EU-Staaten soll sich – staatlich gelenkt – radikal verändern. Der einflussreiche deutsche CDU-Politiker Wolfgang Schäuble nannte dies in der Sendung ARD-Extra vom 22. Mai «neue Normalität» (siehe Artikel auf Seite 4).

Die heftigen Reaktionen auf das am 5. Mai 2020 ergangene Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts zum Staatsanleihekaufprogramm der Europäischen Zentralbank

(EZB) zeigen aber auch, wie «nervös» die EU geworden ist. Das höchste deutsche Gericht hatte gegen ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 11. Dezember 2018 entschieden und das Urteil des EuGH zum Teil als «schlechterdings nicht mehr nachvollziehbar» und übergreifig («ultra vires») klassifiziert.

Besser: mehr direkte Demokratie

Werner Wüthrichs Analyse der Geschichte und Gegenwart der Schweiz – «Die direkte Demokratie als Instrument zur Krisenbewältigung» in Zeit-Fragen Nr. 11/12 vom 19. Mai 2020 – bestätigt sich ex negativo beim Blick über die Grenzen. Sich dafür einzusetzen, die Möglichkeiten direktdemokratischer politischer Kultur und politischer Entscheidungsfindung zu erweitern, ist deshalb auch kein schlechter Rat für die Bürger in den Nachbarländern der Eidgenossenschaft. Das würde die Bodenhaftung und die Orientierung an der Sache wahrscheinlicher machen. •

¹ Sotomo ist ein in Zürich ansässiges Meinungsforschungsinstitut. Weitere Informationen sind auf der Internetseite des Instituts, <https://sotomo.ch/site/>, zu finden.

² Vertrag über den Offenen Himmel, OH-Vertrag oder Open Skies bezeichnet einen Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen Nato- und ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten, der es den teilnehmenden Nationen gestattet, gegenseitig ihre Territorien auf festgelegten Routen zu überfliegen und Aufnahmen (Foto, Radar und seit 2006 auch Infrarot) zu machen. Durch diese vertrauensbildende Massnahme sollen der Frieden gesichert und Konflikte vermieden werden. Am 21. Mai 2020 kündigte Robert O'Brien, Nationaler Sicherheitsberater des US-Präsidenten Donald Trump, an, dass die Vereinigten Staaten aus dem Vertrag austreten würden.

³ Roussel, Eric. Jean Monnet, Fayard 1996, S. 68

⁴ Der aktuelle Plan der EU-Kommission sieht vor, dass sogar 750 Milliarden Euro für die Konjunkturförderung ausgegeben werden sollen, 250 Milliarden davon als Darlehen an die Nehmerländer. Noch ist nicht sicher, ob der Plan auch umgesetzt werden kann. Auch innerhalb der Regierungen der EU-Staaten selbst gibt es Widerspruch.

Transnationale Unternehmen dürfen den Rechtsstaat nicht unterhöheln

Aufruf zu einem ein ISDS-Moratorium während der Covid-19-Krise

zf. Am 6. Mai 2020 hat das Columbia Center on Sustainable Investment (CCSI) einen öffentlichen Aufruf veröffentlicht, in dem ein sofortiges Moratorium und eine dauerhafte Beschränkung aller Fälle von Investor-Staat-Streitschlichtung (ISDS) während des Ausbruchs der neuartigen Corona-Virus-Krankheit (Covid-19) im Jahr 2019 gefordert wird. Gefordert wird eine Einschränkung der Ansprüche gegen Regierungen für Massnahmen im Zusammenhang mit der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Dimension der Pandemie und ihrer Auswirkungen.

Aussergewöhnliche Zeiten erfordern aussergewöhnliche Massnahmen. Die Covid-19-Pandemie ist die grösste Bedrohung für die Menschheit seit dem Zweiten Weltkrieg. Das Schicksal von Milliarden von Menschen und potenziell Millionen von Toten hängt am seidenen Faden, insbesondere in den Entwicklungsländern. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen hat festgestellt, dass Covid-19 «der Kampf einer Generation» ist. Aus diesem Grund hat die Weltgemeinschaft aussergewöhnliche und notwendige Massnahmen ergriffen und wird dies auch weiterhin tun.

Mehr als die Hälfte der Weltwirtschaft ist lahmgelegt, und die damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen führen in den schwachen Volkswirtschaften zu beträchtlichem Schaden. Die wirtschaftlichen Härten nehmen zu. Ein grosser Teil der Weltwirtschaft ist praktisch blockiert, und 191 Länder haben Schulen geschlossen, was 91 % aller Lernenden weltweit betrifft. Die IAO sagt eine gewaltige Zahl von Arbeitsplatzverlusten voraus, während die Menschen in vielen Ländern in die Armut abgleiten und ein Jahrzehnt oder mehr an Fortschritten bei der Armutsbekämpfung zunichte machen. Die G-20-Länder sind dabei, für die ärmsten Länder der Welt einen Stillstand beim Schuldendienst im Jahr 2020 durchzusetzen, und danach wird es sicherlich weitere ausserordentliche Erleichterungen geben.

In diesem Zusammenhang rufen wir die Weltgemeinschaft zu einem sofortigen Moratorium für alle Streitschlichtungsansprüche privater Unternehmen gegen Regierungen, die internationale Investitionsverträge anwenden, auf sowie zu einer endgültigen Einschränkung für alle Streitschlichtungsansprüche im Zusammenhang mit staatlichen Massnahmen, die auf die gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Ausmassen der Pandemie und ihrer Folgeerscheinungen abzielen.

Diese von den Investoren geführten Verfahren (oft als «ISDS»-Fälle bezeichnet) ermöglichen es ausländischen Privatunternehmen, gegen staatliche Massnahmen vorzugehen, die die eigenen Interessen von Unternehmen berühren und häufig zu hohen Auszahlungen, manchmal in Milliarden-

Was beinhaltet das ISDS?

zf. Das *Investor-State Dispute Settlement* ISDS (Investor-Staat-Schiedsgerichte, Streitbeilegung zwischen Investor und Staat) ist ein Instrument des internationalen Rechts, mit dem ausländische Investoren gegen einen Staat, in dem sie investiert haben, gerichtlich vorgehen können, wenn sie ihre vertraglich garantierten Rechte verletzt sehen. Das bedeutet, dass sie gegen den betreffenden Staat eine Klage einreichen und Schadenersatz fordern können, wenn ihre Gewinnerwartung durch die Änderung der Rechtssetzung oder der Politik des Gastlandes beeinträchtigt wird. Viele bilaterale Investitionsschutzabkommen, aber auch gültige oder geplante Freihandelsabkommen wie CETA (EU/Kanada) oder TTIP (EU/USA) sehen

ISDS vor. Gemäss diesen Abkommen ist in der Regel nicht ein öffentliches Gericht für den Streitfall zuständig, sondern ein privates Schiedsgericht. So finden die Streitbeilegungsverfahren üblicherweise am Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (Weltbank), bei der Internationalen Handelskammer, der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht oder dem Internationalen Gerichtshof statt.

Kritische Stimmen weisen darauf hin, dass ISDS zum Beispiel gemäss TTIP die nationale Souveränität aushebelt, da ausländische Investoren durch die Drohung mit Schadenersatzforderungen Einfluss auf Rechtssetzung und Politik eines Landes ausüben können.

höhe, an diese Unternehmen wegen angeblicher Gewinneinbussen führen. Diese Klagen stellen eine unmittelbare Gefahr für die Bemühungen der Entwicklungsländer und der Weltgemeinschaft als Ganzes dar, sich der Bedrohung durch Covid-19 zu stellen.

Die Covid-19-Krise richten und dürfen sich nicht von ausländischen Unternehmen und Aktionären ablenken lassen, die die Krise ausnutzen könnten, indem sie vage Standards des Investitionsvertrags verwenden, um ihre Forderungen durchzusetzen.

«Darüber hinaus bringt das ISDS die Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit mit sich, da das ISDS transnationalen Unternehmen erlaubt, das öffentliche Gerichtssystem zu umgehen, das transparent, rechenschaftspflichtig und anfechtbar ist. ISDS-Schiedsverfahren sind geheim und ignorieren systematisch die nationale Gesetzgebung und sogar die Urteile der höchsten Gerichte des Gastlandes.» (Alfred de Zayas)

Es gibt drei Gründe für ein sofortiges Moratorium:

Erstens werden die notwendigen Geschäftsschliessungen und andere Nothilfemassnahmen zu beispiellosen Veränderungen im Geschäftsumfeld führen, die wahrscheinlich eine massive Anzahl ungerechtfertigter Forderungen auslösen werden. Ausländische Investoren werden behaupten, dass sie ihre erwarteten Gewinne verloren haben. Und dies wird zutreffen, allerdings aus dem entscheidenden Grund, dass jedes Unternehmen in der Gesellschaft mit einer noch nie dagewesenen Situation konfrontiert werden wird. Regierungen haben die Pflicht, ihre Bürger zu schützen und die Pandemie zu stoppen, ohne Klagen von Unternehmen in ausländischem Besitz oder ausländischen Aktionären befürchten zu müssen; in der Regel handelt es sich dabei um Forderungen, die nicht einmal von ihren eigenen einheimischen Unternehmen gegen Regierungen erhoben werden können.

Zweitens müssen die Regierungen ihre Aufmerksamkeit auf die dringende Eindäm-

Drittens würden Entschädigungen gegen Regierungen, häufig in Millionen- oder Milliardenhöhe, die beträchtliche Prozentsätze der Staatshaushalte ausmachen können, schwer lasten angesichts der schlimmen Haushaltskrisen, mit denen Entwicklungsländer im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie konfrontiert sind. Wie der Internationale Währungsfonds gewarnt hat, wird der wirtschaftliche Abschwung im Jahr 2020 der schlimmste seit der Weltwirtschaftskrise sein. Die Regierungen müssen sicherstellen, dass die ISDS die unvermeidliche Finanzkrise nicht weiter verschimmert.

Wir fordern daher ein vollständiges Moratorium für alle Forderungen der ISDS, bis die Pandemie vorüber ist und die Regierungen sich auf Grundsätze geeinigt haben, um sicherzustellen, dass künftige Schlichtungsfälle die Bemühungen der Länder um die Genesung nach Treu und Glauben nicht behindern. Diese Prinzipien sollten den vollen und klaren Rahmen anerkennen, in dem die Regierungen alle geeigneten Massnahmen er-

greifen können und müssen, um Leben zu retten und weltweite Notlagen zu bekämpfen, auch wenn dies zu einem Verlust von Gewinnen oder Geschäftsmöglichkeiten, auch durch ausländische Investoren, führt. Darüber hinaus sollten sie sicherstellen, dass alle in ISDS-Fällen zugesprochenen Entschädigungen die katastrophale finanzielle Lage der Regierungen nach dem Covid-19-Notstand berücksichtigen sollten. Ohne diese klaren Grundsätze wird es keine Grundlage für die Wiederaufnahme von ISDS-Prozessen geben. Darüber hinaus fordern wir eine anhaltende Einschränkung der Ansprüche der ISDS im Zusammenhang mit Massnahmen, die während der Pandemie ergriffen wurden, einschliesslich solcher, die auf die gesundheitlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Dimensionen der Pandemie und ihrer Folgeerscheinungen abzielen.

Wir appellieren an die einzelnen Länder, diese Bemühungen voranzutreiben, und an die Vereinten Nationen und Sonderorganisationen, die Weltbankgruppe, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und andere multilaterale Organisationen, sie umzusetzen. In ähnlicher Weise rufen wir alle Menschen mit Gewissen auf – einschliesslich der Anwälte, die diese Schlichtungsfälle initiieren, und der Schlichter, die über diese Schlichtungsfälle entscheiden –, in diesem für die Menschheit so schwierigen Augenblick das Leben der Menschen vor die Interessen der Unternehmen zu stellen.

Phil Bloomer, Geschäftsführender Direktor, Business & Human Rights Resource Centre

Juan Pablo Bohoslavsky, Ehemaliger Unabhängiger UN-Experte für Auslandsschulden und Menschenrechte (2014–2020)

Carlos Correa, Exekutivdirektor, South Centre

Olivier De Schutter, UN-Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte

Kerry Kennedy, Präsidentin, Robert F. Kennedy Human Rights

Jeffrey D. Sachs, Universitätsprofessor, Columbia Universität, Direktor, United Nations Sustainable Development Solutions Network

S.E. María Fernanda Espinosa Garcés, Präsidentin der 73. Sitzung der UN-Generalversammlung (2018–2019); Aussenministerin von Ecuador (2017–2018)

Quelle: Columbia Center for Sustainable Investment, Columbia University (Übersetzung Zeit-Fragen)

ISDS muss als sittenwidrig abgeschafft werden

von Prof. Dr. iur. Dr. phil. Alfred de Zayas



Alfred de Zayas (Bild zvg)

Als ehemaliger Unabhängiger Experte der Uno für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung (2012–2018) unterstütze ich nachdrücklich die Forderung nach einem sofortigen Moratorium der ISDS-Schiedsgerichtsbarkeit. Ferner darf weltweit keine Vollstreckung von ISDS-Entscheidungen mehr erfolgen. In meinen Berichten an den UN-Menschenrechtsrat und die Generalversammlung der Vereinten Nationen in den Jahren 2015 und 2016 habe ich ungeheuerliche Fälle dokumentiert, in denen transnationale Unternehmen Regierungen verklagt

haben, weil sie soziale Massnahmen ergriffen, die Umwelt vor Verschmutzung geschützt oder den Mindestlohn erhöht haben.

Ich habe erklärt, dass das Wesen eines Staates darin besteht, Gesetze zum Wohle der Allgemeinheit zu erlassen, so wie das Wesen der Wirtschaft – das eigentliche Wesen des Kapitalismus – darin besteht, Risiken einzugehen in der Erwartung, Gewinne zu erzielen. Transnationale Unternehmen müssen akzeptieren, dass sie manchmal Profit machen und manchmal eben nicht. Aber das Risiko kann nicht den Regierungen aufgebürdet werden, die demokratisch gewählt und legitimiert sind, Unternehmen, die innerhalb ihrer Grenzen operieren, zu besteuern und zu regulieren.

Darüber hinaus bringt das ISDS die Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit mit sich, da das ISDS transnationalen Unter-

nehmen erlaubt, das öffentliche Gerichtssystem zu umgehen, das transparent, rechenschaftspflichtig und anfechtbar ist. ISDS-Schiedsverfahren sind geheim und ignorieren systematisch die nationale Gesetzgebung und sogar die Urteile der höchsten Gerichte des Gastlandes. Das ISDS schafft ein Parallelsystem der Streitbeilegung und stellt eine gegen die bestehenden Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit gerichtete Revolte dar.

Das ISDS kann auch gar nicht reformiert werden – es muss als contra bonos mores (sittenwidrig) abgeschafft werden.

Quellen:

https://ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A/HRC/33/40

https://ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A/HRC/30/44

https://www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/70/285

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 5170 05

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RRVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2020 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

Das abstürzende Klassenzimmer

Probleme der Digitalisierung von Schulen weithin unterschätzt

von Nike Heinen und Natalie Wexler

Deutsche Schulen sollen im Eiltempo digitalisiert werden. Ob das wirklich eine gute Idee ist? Der Blick in die USA zeigt, dass die Schulen dort deutlich weiter – und recht ernüchtert sind.

Ein Grundschul-Klassenzimmer in Washington D.C. Die meisten der Sechsjährigen sitzen vor Tablets. Sie sollen sich selbständig mit mathematischen Problemen auseinandersetzen, während der Lehrer intensiv mit einer kleinen Gruppe arbeitet. Ein Junge, nennen wir ihn Kevin, starrt auf seinen Bildschirm. «Addiere 8 und 3», verlangt das Tablet.

Er kann nicht so gut lesen, also drückt er den «Vorlesen»-Knopf. Wieder und wieder. Ohne danach eine Antwort zu geben. Er versteht das Wort «addieren» nicht. Auf den Monitoren der anderen Kinder stehen Anweisungen wie: «Runde 119 auf den nächsten Zehner» und «Finde die Fläche des Dreiecks in den Quadraten wieder». Wenn ein Kind das Wort addieren nicht versteht, verstehen die anderen dann Wörter wie runden und Quadrat?

Die digitale Realität an US-Schulen ...

An den meisten US-Schulen ist die digitale Welt längst Realität. In einem Bericht des Meinungsforschungsinstituts *Gallup* gaben 89 % der Schüler an, mehrere Tage pro Woche digital unterrichtet zu werden. 96 % der Schul- und Schulbehördenleiter sowie 85 % der Lehrer unterstützten den «verstärkten Einsatz digitaler Lernwerkzeuge in ihrer Schule». Dabei ist völlig unklar, ob die Programme überhaupt als Lehrmittel geeignet sind. Neue Studien legen sogar nahe, dass sie gerade die Probleme lernschwacher Schüler noch viel grösser machen. Eine Begeisterung ohne Datengrundlage also. Das scheint zumindest einem Teil der Lehrenden durchaus bewusst zu sein. Auf die Frage, ob «viele Informationen über die Wirksamkeit» der verwendeten digitalen Tools zur Verfügung stehen, antwortet nur etwa ein Viertel mit «Ja».

Tatsächlich ist die wissenschaftliche Beweislage dünn. Schlimmer noch: Der Grossteil der Daten zeigt negative Effekte. 2015 etwa veröffentlichten Bildungsforscher eine Studie an Millionen Oberschülern in den 36 OECD-Staaten. Sie fanden heraus, dass jene Schüler, die den Computer intensiv in der Schule nutzten, «in den meisten Lernbereichen viel schlechter abschnitten, selbst wenn die Effekte um den sozialen Hintergrund und demografische Effekte bereinigt werden».

... schlechtere Prüfungsergebnisse

In einer Studie unter Studenten der Collegestufe an der US-Militärakademie Westpoint legten 2016 diejenigen in den Prüfungen schlechtere Ergebnisse ab, die Laptops oder digitale Geräte in ihren Klassen hatten. Achtklässler aus North Carolina, die Algebra online lernten, konnten in einem Vergleich an der Nordwesten University 2014 am Ende nicht so gut rechnen wie die traditionell frontal unterrichteten. Und in einer 2019 veröffentlichten Datenanalyse durch die Pariser *Reboot Foundation*, die sich der «Anregung kritischen Denkens in Schulen» verpflichtet hat, kam heraus, dass Viertklässler, die Tablets in allen oder fast allen Klassen verwendeten, bei Lesetests im Durchschnitt eine ganze Note schlechter abschnitten als Kinder, die nur Papier benutzten. Die Stiftung hatte dabei unter anderem auf Daten aus den Pisa-Tests zurückgegriffen.

Dieser Effekt zeigt sich auch bei den sogenannten «Flipped»-Kursen: Tutorials vermitteln den Lernenden zu Hause den Stoff. In der Unterrichtszeit wird dann das Gelernte vertieft. Sozusagen umgedrehter Unterricht. Dabei zeigt sich etwa, dass diejenigen, die ohnehin stark in Mathe waren, gute Fortschritte machten. Aber alle anderen kamen gar nicht voran. Die Digitalisierung machte die vorhandenen Leistungsunterschiede also nur noch grösser.

Nicht mehr, sondern weniger Bildungsgerechtigkeit

Dabei sollte die Technologie genau das Gegenteil bewirken. Die USA haben schon lange ein Problem mit Bildungsgerechtigkeit. Wann immer Schüler getestet werden,

«An den meisten US-Schulen ist die digitale Welt längst Realität. In einem Bericht des Meinungsforschungsinstituts *Gallup* gaben 89 % der Schüler an, mehrere Tage pro Woche digital unterrichtet zu werden. 96 % der Schul- und Schulbehördenleiter sowie 85 % der Lehrer unterstützten den «verstärkten Einsatz digitaler Lernwerkzeuge in ihrer Schule». Dabei ist völlig unklar, ob die Programme überhaupt als Lehrmittel geeignet sind. Neue Studien legen sogar nahe, dass sie gerade die Probleme lernschwacher Schüler noch viel grösser machen.»

tun sich massive Lücken zwischen den Kindern wohlhabender Familien und denen aus armen Schichten auf. Früher versuchte man, die Ausbildung der Lehrer zu verbessern, um das auszugleichen. Heute setzen die Pädagogen ihre Hoffnung vor allem auf Software und Online-Tutorials. Ed-Tech boomt. Sogar Kindergärten und Vorschulen sind auf den digitalen Zug aufgesprungen, mit technophilen Philanthropen wie *Bill Gates* und *Mark Zuckerberg* als eifrige Einstiegshelfer.

Auch Kevins Schule liegt in einem armen Viertel der US-amerikanischen Hauptstadt. Hier haben viele Kinder Schwierigkeiten mit dem Lesen – und weil viele zu Hause nicht Englisch sprechen, haben sie Probleme, einfache Wörter zu verstehen. Um so stolzer ist die Schule auf ihre «Eins-zu-eins»-Politik. Der Begriff beschreibt die in den USA immer beliebter werdende Praxis, jedem Kind ein digitales Endgerät zu geben. «Da die Technologie unsere Welt weiter verändert und verbessert», heisst es auf der Webseite der Schule, «glauben wir, dass Einkommensschwache nicht zurückgelassen werden sollten.»

«Mit dem individualisierten, selbst gewählten Lernen fällt ein wichtiger Bestandteil der bisherigen Schulbildung weg: der Austausch von Ideen, Diskussionen, die die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder schärfen. In der Gemeinschaft lernen sie zu argumentieren und andere Meinungen zu akzeptieren. Am Bildschirm fehlt zudem die spezielle Motivation, die nur Mitmenschen erzeugen können.»

Irrtümer des Individualisierungskonzeptes

Zur Vision dieser Digital-Enthusiasten gehört das personalisierte Lernen: Jedes Kind soll auf seinem Bildschirm massgeschneidert gemäss seinen persönlichen Fähigkeiten unterrichtet werden. Der digitale personalisierte Ansatz sieht sogar vor, dass die Kinder teilweise ihre Lerninhalte selbst wählen.

Beeindruckend ist bei diesen Ansätzen jedoch nicht der Lernfortschritt, sondern das Ausmass, mit dem Kinder und Lernprogramme aneinander vorbeireden, wenn man sie miteinander allein lässt. Kinder sollen zwar «Vortests» machen, damit die Software das passende Fragen-Niveau ermitteln kann. Aber wenn die Begriffe, die die Software nutzt, nicht zur Begriffswelt des Kindes passen, ist das Niveau egal. So wie bei Kevin, der beim Rechnen in eine Dauerschleife gerät, weil er die Wörter in der Frage nicht versteht. Ein menschlicher Lehrer wäre dem Problem sofort auf den Grund gegangen, statt die Frage wieder und wieder zu stellen.

Probleme der Lehrerentkoppelung

Welche skurrilen Situationen sich aus dieser Lehrerentkoppelung ergeben, zeigt sich in einer anderen ersten Klasse an Kevins Schule. Hier nutzen die Schüler ein Leseverständnisprogramm. Auf dem Bildschirm eines Mädchens sind Fakten über Bananen zu sehen, darunter der Satz: «Die meisten Bananen kommen aus Indien.» Es folgt eine Multiple-Choice-Frage. Da das Mädchen

das Wort «Indien» nicht lesen konnte, fragt es einen Klassenkameraden, woher die Bananen kommen. Seine Antwort: «Von Bäumen.» Sie ist zwar richtig, war aber keine der möglichen Antworten. Im Klassenzimmer hätten die Kinder sich nun darüber austauschen können, was Bananenstauden sind und warum die meisten aus einem Land namens Indien stammen. Am Computer hingegen bleiben zwei Kinder mit grossen Fragezeichen über den Köpfen zurück.

Ein 2019 veröffentlichter Bericht des *National Education Policy Center* an der University of Colorado stellt dem digitalen personalisierten Lernen denn auch ein schlechtes Zeugnis aus. Vor allem attestieren die Wissenschaftler «fragwürdige Annahmen zur Bildung» und «mangelnde Bereitschaft zur wissenschaftlichen Überprüfung».

Kaum noch Austausch von Ideen, kaum noch Diskussionen

Mit dem individualisierten, selbst gewählten Lernen fällt ein wichtiger Bestandteil der bisherigen Schulbildung weg: der Austausch von

Ideen, Diskussionen, die die sprachlichen Fähigkeiten der Kinder schärfen. In der Gemeinschaft lernen sie zu argumentieren und andere Meinungen zu akzeptieren. Am Bildschirm fehlt zudem die spezielle Motivation, die nur Mitmenschen erzeugen können. Hätte ein Lehrer Kevin gebeten, 8 plus 3 zu rechnen, dann hätte er dazu wahrscheinlich viel mehr Lust gehabt. «Es ist etwas völlig anderes, wenn man von einer Person unterrichtet wird», sagt der Kognitionspsychologe *Daniel Willingham* von der University of Virginia. «Da wird es wichtig, was sie über einen denkt. Kinder sind dann viel eher bereit, sich anzustrengen.»

Kinder im digitalen Klassenzimmer allein gelassen

Und so bedeutet Digitalisierung der Schule im Moment in den USA vor allem: die Kinder im digitalen Klassenzimmer allein zu lassen. Computer sind günstiger als gute Lehrer. Das macht gerade die ohnehin Benachteiligten zu den Leidtragenden: Ein Beispiel sind die kommerziell betriebenen *Rocketship Public Schools*. Sie zielen vor allem auf einkommensschwache Gemeinden ab und setzen stark auf digitale Technik. Während der sogenannten Lernlabor-Zeit beaufsichtigt eine Art Hilfslehrer bis zu 90 Schüler. Ein einziges «Learning Lab» macht also mehrere Stellen für gut ausgebildete Lehrer überflüssig. Die Nachfrage ist so gross und die Technologie wird so unkritisch eingesetzt, dass in *Rocketship*-Schulen jetzt schon die Vorschulkinder 80 bis 100 Minuten pro Tag vor Bildschirmen zubringen.

«Und so bedeutet Digitalisierung der Schule im Moment in den USA vor allem: die Kinder im digitalen Klassenzimmer allein zu lassen. Computer sind günstiger als gute Lehrer. Das macht gerade die ohnehin Benachteiligten zu den Leidtragenden [...].»

Lernprozess gestört

Gerade jene, die besonders Hilfe beim Lernen benötigen, werden einer Technik überlassen, die den Lernprozess unmittelbar stört. Das hat zwei Gründe: Erstens liegen am Computer Freizeit und Lernzeit viel zu nah beieinander. Wenn die Aufmerksamkeit ständig durch Gedanken an das gerade aktuelle Computerspiel oder den nächsten Surftrip durch die Weiten des Netzes unterbrochen wird, dann entsteht bei den Schülern gar nicht erst die tiefe Konzentration, wie sie für nachhaltiges Lernen nötig wäre. Je jünger Kinder sind, desto leichter lassen sie sich ablenken. Auch Kevin lässt sich von den Verlockungen des Tablets verführen. Er hat auch nach einer Viertelstunde mit den neuen Informationen die Lösung für 8 plus 3 nicht gefunden. Dafür zeichnet er mit seinem Finger leuchtende rosa Linien, eine der zahlreichen Alternativen, für die man so ein Tablet sonst noch verwenden kann. Er seufzt und fragt: «Kann ich nicht lieber ein Spiel spielen?»

Rein digitales Lernen läuft der Funktionsweise des Gehirns zuwider

Zweitens sind einige Forschende überzeugt, dass rein digitales Lernen der Funktionsweise des Gehirns zuwiderlaufe: Texte am Bildschirm prägen sich, so vermuten sie, viel schlechter ein, weil die dreidimensionalen Eindrücke eines Buches fehlen (siehe *Technical Review* 11/2018, S. 26ff.). Denn der Erinnerungsspeicher im Gehirn, der Hippocampus, stammt von einem räumlichen Orientierungssystem der frühen Wirbeltiere ab. Er kann Informationen, die von einer Tasterfahrung begleitet werden, besser nutzen. Das «Begreifen» von Informationen, die auf Papier stehen, ist damit leichter als das von Informationen auf einem Bildschirm.

Zumindest in den USA führen solche Erkenntnisse langsam zum Umdenken. In den Schulen von Baltimore County beispielsweise rutschten die Testergebnisse der digitalen Schulen im Vergleich zu den konventionellen plötzlich ab. Nachdem der Bezirk vor fünf Jahren Lehrbücher und Papier mittelfristig ganz aufgeben wollte, entschied er sich jetzt, zumindest in den frühen Grundschulklassen wieder weniger Computer einzusetzen. Und *Rocketship* musste Pläne zur Eröffnung einer dritten Schule in Washington D.C. aufgeben. Es hatten sich nur 22 Schüler angemeldet.

Während die USA beginnen umzudenken, will Deutschland die Fehler wiederholen

Deutschland allerdings ist noch in der Gegenrichtung unterwegs. Im Februar 2019 einigten sich Bund und Länder auf den Digitalpakt Schule: Fünf Milliarden Euro an Fördermitteln aus dem Bundeshaushalt sollen helfen, flächendeckend eine «zeitgemässe digitale Bildungs-Infrastruktur» aufzubauen. Dass man dabei ausgewogener vorgeht als die USA, zeichnet sich derzeit nicht ab.

Es gibt zwar eine «wissenschaftliche Begleitung des Ausbaus durch die Bildungsforschung». Das Thema ist jedoch weniger, digitale Methoden mit Bedacht einzuführen, als vor allem, den reibungslosesten Ablauf zu gewährleisten. Koordinator des Programms ist *Michael Kerres*, Professor für Mediendidaktik an der Universität Duisburg-Essen. Seine Aufgabe besteht vor allem darin, die verschiedenen vom BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) unterstützten Forschenden in sein Institut einzuladen und sie mit den Schulen zusammenzubringen. Offiziell soll er auch «Wissenslücken identifizieren».

Kerres gehört zu den deutschen Pionieren des E-Learnings, setzte schon in den 1990ern auf internetbasierte Kurse. Auch er betreibt ein «Learning Lab». Im Gegensatz zu den Lernlaboren der *Rocketship*-Schulen werden hier allerdings nicht Schüler beaufsichtigt oder gar ihre Lernerfolge vermessen. Hier überlegen sich seine Mitarbeiter, wie sie die Digitalisierung an den Schulen voranbringen können. Ihr Ansatz ist Lehrerfortbildung und der Zusammenschluss von Schulen in digitalen Netzwerken, damit nicht jede Schule das Rad neu erfinden muss.

Familie in der Corona-Krise – persönliche Eindrücke

von Renate Dünki

Wie viele Ältere bin ich Teil einer Risikogruppe, die Abstand hält und viel Zeit zu Hause verbringt. Dabei lebe ich in einem Umfeld, in dem die Corona-Pandemie zwar in aller Munde ist, den Alltag aber nicht völlig lahmlegt. Nachbarn und eine Freundin kaufen mir ein, anderes kann ich telefonisch bestellen.

Weil ich auf dem Land lebe, habe ich es leicht, mir Bewegung in der Natur zu verschaffen und den schönen Frühling zu geniessen. Und weil mir die Nähe zu meiner Familie fehlt, die im benachbarten Ausland lebt, schreibe und telefoniere ich viel und halte aktiv den Kontakt aufrecht. Denn das stelle ich einmal mehr in dieser Zeit fest: Gespräche, Interesse am anderen sind das Lebenselixier, das alle brauchen und das sich auch kreativ herstellen lässt.

Ein Beispiel, das ich kürzlich erleben konnte, ist das Ergebnis einer solchen Idee. Der Idee meiner Schwiegertochter und ihrer jüngsten Tochter, auf dem wieder geöffneten Spielplatz im Sandkasten für mich einen Geburtstags-Sandkuchen zu backen. Der «Backvorgang» wurde wie in einem professionellen Kochbuch genau mit Fotos dokumentiert und am Schluss nicht «En guete», sondern «Viel Glück» in den

Sand geschrieben. Die Fotos dieser kleinen Kunst-Aktion wurden mir dann, von einer «Kochanleitung» begleitet, als Päckchen zugesandt – ein gesunder, zuckerfreier, veganer Kuchen zum Geburtstag!

Der beigelegte Brief schilderte allerlei Alltagserlebnisse aus der Zeit des Lockdown – die Kinder wirkten weder gedrückt noch gelangweilt oder durch Isolation beeinträchtigt, obwohl die Schulen erst gestaffelt geöffnet werden, die Sport- und Musik-AGs abgesagt sind.

Natürlich wird das in unserer Gesellschaft nicht ewig so weitergehen. Aber es hat mich

als Grossmutter sehr gefreut und berührt zu erleben, mit wieviel Phantasie auch eine solche gefährdete Zeit in gegenseitiger Zuwendung gestaltet werden kann.

In die gleiche Richtung gehen Beobachtungen in meinem Familien- und Freundeskreis:

Gerade in jungen Familien, in denen beide Eltern fast voll arbeiten, waren vor dem Lockdown die noch kleinen Kinder in Einrichtungen versorgt, so dass auch die Frauen ihre Berufe weiter ausüben konnten. Wegen der Pandemie änderte sich manches. In einer Familie zum Beispiel ist der Vater in Kurzar-

beit und arbeitet im Home-Office in einer relativ kleinen Stadtwohnung, eine Situation, die Nacharbeit erfordert und ihn beunruhigt. Dennoch sind sich die Eltern einig, dass ihre beiden Buben seit der Familienzeit einen ruhigeren, aber auch wacheren Eindruck machen. Die Eltern denken sich allerlei Anregungen aus, etwa einfache Experimente zu den Eigenschaften von Luft. Die werden dann verfilmt und wieder anderen Kindern im Freundeskreis zugesandt. Die auf die Familie zentrierte Zeit, mehr Ruhe, tut den Kindern erkennbar gut. Und die Eltern erleben, dass es keine gewaltigen Dinge braucht, um das Zusammenleben zu gestalten – «nur» mehr Zeit füreinander.

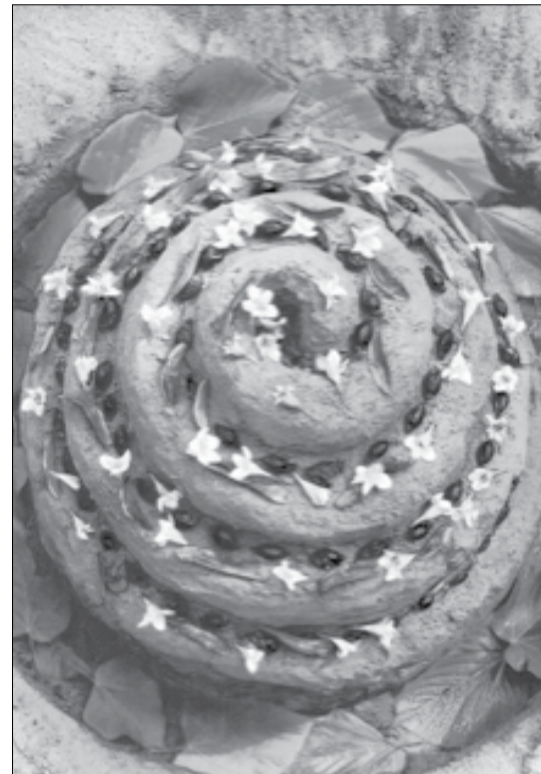
Mir scheint die Abkehr von allzu viel äusserer Abwechslung und wohl auch von einem zeitlich allzu genau getakteten Tageslauf, die wieder mehr Zusammensein und ruhige Beziehung innerhalb der Familie erlaubt, das Geheimnis dieses positiven Eindrucks zu sein – das ist meine persönliche Schlussfolgerung. Sie deckt sich mit Ergebnissen der Entwicklungspsychologie zur grossen Bedeutung der Familie. Wenn viele Mütter und Väter dies aus der Zeit der Abgeschlossenheit für sich mitnehmen könnten, wäre es eine der positiven Erkenntnisse dieser Krise. ●



1. Der Kuchen ist geformt.



2. Die Bio-Dekoration wird gemischt.
(Bilder rd)



3. So sieht der verzierte Geburtstagskuchen aus.

«Das abstürzende Klassenzimmer» Fortsetzung von Seite 7

Fragwürdige «Tablet-Klassen»

Das gleiche Bild in Baden-Württemberg: Hier gibt es seit 2015 an einigen Oberschulen «Tablet-Klassen». Sie wurden nicht nur als Vorhut der Digitalisierung eingeführt, sondern gegenüber skeptischen Eltern als «wissenschaftlich begleiteter Schulversuch» beworben. Aber auch hier geht es bei der wissenschaftlichen Auswertung nicht darum, ob Kinder digital vergleichbar gut lernen. Untersucht werden nur praktische Fragen, zum Beispiel, ob die Lehrer aus Sicht der Wissenschaftler bei ihren digitalen Unterrichtseinheiten den Stoff so aufbereiten, dass er zur digitalen Welt passt.

Vor allem die Lehrerschaft beunruhigt diese Tendenz zunehmend. Die Schulen agieren auffällig zurückhaltend. Sie haben bisher erst 40 Millionen Euro aus den Fördertöpfen abgerufen, weniger als zehn Prozent der zur Verfügung gestellten Summe. «Wir haben ohnehin schon den Eindruck, dass die Kinder viel unkonzentrierter sind», sagt ein niedersächsischer Vertreter der Lehrgewerkschaft. «Digitale Geräte in den Schulen bringen da nur noch mehr Unruhe.»

Klassisches Schulbuch noch lange nicht überflüssig

Der Hirnforscher Martin Korte von der Technischen Universität Braunschweig fügt an: «Es fehlen ganz klar Forschungsergebnisse, die den Einsatz digitaler Medien im Unterricht und in der Ausbildung systematisch und langfristig untersuchen.» Er tourt inzwischen durch die Schulen – auf Einladung der Lehrer, die wissen möchten, was ein Neurobiologe über digitalisierte Klassenzimmer denkt. Korte erklärt in der Aula vor dem versammelten Kollegium, wie die Aufmerksamkeitssteuerung funktioniert, wie die Nutzung von Internetsuchmaschinen statt eigener Wissensarchive das Lernen bereits verändert und sich in den Strukturen des Gehirns zeigt – und warum das klassische Schulbuch noch lange nicht überflüssig ist. Er bekommt bei diesen Sätzen jedes Mal Szenenapplaus.

Korte möchte nicht falsch verstanden werden: Er findet es gut, dass die deutschen Schulen digital aufrüsten. Er wäre sehr dafür, dass

alle Kinder ab der siebten Klasse Informatik belegen müssten, damit sie die digitale Welt und ihre Codes wirklich verstehen. Gar nicht gut findet der Lernforscher aber die digitale Mediennutzung im ganz normalen Unterricht. «Bei der Wissensvermittlung behindert die digitale Welt eher, als dass sie nützt», sagt er. «Sinnvoll ist sie höchstens zum Vertiefen von Dingen, die man bereits verstanden hat.»

Selbst Bildungsunternehmer haben grosse Bedenken

Selbst so mancher Bildungsunternehmer hat gegenüber dem jetzigen Trend grosse Bedenken: Larry Berger etwa, CEO des US-Unternehmens Amplify, entwickelt digital erweiterte Lehrpläne in Mathematik und Naturwissenschaften sowie Leselern-Programme vom Kindergarten bis zur achten Klasse. «Technologie kann zwar zuverlässig Informationen vermitteln, ist aber nicht so gut darin, den sozialen Nutzen des Wissens zu demonstrieren», sagt Berger. «Dafür muss man dieses Wissen in einen sozialen Kontext einbinden.» Er würde sich wünschen, dass sich die Digitalisierung wieder ein bisschen mehr an den klassischen Unterrichtsformen

orientiert. So hält er es für grundfalsch, verschiedenen Schülern Material unterschiedlicher Komplexität zu geben. «Alle Kindern sollten dieselben Inhalte bekommen, dann könnten sie sich gemeinsam damit auseinandersetzen», sagt er. Die Differenzierung, meint er, soll erst danach erfolgen, wenn der Stoff verstanden ist. «Alle Schüler könnten zum Beispiel die Unabhängigkeitserklärung lesen, aber gute Schreiber könnten dann einen ganzen Aufsatz dazu verfassen, während andere nur Einzelfragen beantworten.»

Digitale Methoden sieht er eher als Arbeitserleichterung für die Lehrenden: Berger meint, dass Lernprogramme die Kinder ganz einfach automatisch gruppieren können und damit die Lehrer bei der differenzierten Förderung und

Beurteilung von mehr als 20 Schülern unterstützen. Das System sei ausserdem weniger diskriminierend: Bei der Differenzierung am Computer wüsste kein Kind von einem anderen, in welcher Gruppe es sei. Ausserdem würden so unbeabsichtigte persönliche Vorlieben der Pädagogen für einzelne Kinder verhindert.

Digitalisierte Lehrmethoden nur noch als Unterstützungssystem für Lehrer in den Diensten bewährter Methodik? Das ist eine viel bescheidenere Rolle für die Bildungstechnologie, als die meisten in der Branche bisher befürwortet und gehofft haben. Sie würde jedoch vermutlich den Unterricht besser machen – und nicht schlechter. ●

Quelle: *Technology Review*, April 2020

LESER  BRIEF

Anmerkungen zur Buchbesprechung «Hilde Domin – Dichterin des Dennoch»

Die ausgezeichnete Buchbesprechung von Susanne Wiesinger in *Zeit-Fragen* Nr. 9 vom 5. Mai 2020 hat mir die Dichterin Hilde Domin wieder in Erinnerung gebracht und mich angeregt, die besprochene Biographie zu lesen. Nach deren Lektüre habe ich mir die gesammelten Gedichte und die «Gesammelten autobiographischen Schriften. Fast ein Lebenslauf» (Fischer Taschenbuch 1998) besorgt.

Was in der besprochenen Biographie von Ilka Scheidgen anklängt, wird in den eigenen Schriften Hilde Domins noch um vieles deutlicher: die Fähigkeit und der Wille, mit dem anderen Menschen direkt in Beziehung zu treten, ohne Angst vor Widerspruch, wissend, dass zwischen Menschen die Sachen geklärt werden sollten. Eines der Beispiele, die mich besonders beeindruckt haben, ist folgendes: Als Hilde Domin in den dreissiger Jahren mit ihrem Mann nach Italien reist, um sich vor den Nationalsozialisten in Sicherheit zu bringen, begegnet sie eines Tages in Florenz einem deutschen Ehepaar; die beiden sind als Touristen unterwegs. Mit diesem Ehepaar war sie seit ihren Heidelberger Studienzeiten befreundet. Das Paar begrüsst sie nicht nur nicht, sondern schaut auch demonstrativ weg. Eine für Hilde Domin und ihren

Mann schmerzhaft Erfahrung. Als sie Anfang der fünfziger Jahre aus dem lateinamerikanischen Exil zurück nach Deutschland kommen, steht eben dieses Paar am Flughafen und begrüsst sie aufs herzlichste.

Hilde Domin ist sich bewusst, dass sie ohne eine Klärung der florentinischen Situation keine weitere Beziehung zu diesem Paar wird haben können. Und sie fragt nach, was damals war. «Wir hatten Angst», erhält sie zur Antwort. Das reicht ihr, um eine lebenslange Freundschaft weiterzuführen.

Ihre humorvolle Direktheit mit Schulkindern und Gefangenen, aber auch mit allen anderen Zuhörern, vor denen sie ihre Gedichte liest, hilft ihr und ihren Zuhörern, komplizierte Situationen zu überwinden. Sie beschreibt anschaulich, wie sie sich immer ein Gesicht in der Zuhörerschaft aussucht, zu dem sie ganz besonders spricht. Oft entstehen daraus Freundschaften.

Susanne Wiesinger sei gedankt, die Leser von *Zeit-Fragen* auf diese lebensjahrende und mutige, für den Frieden eintretende Dichterin aufmerksam gemacht zu haben.

Rita Müller-Hill, Köln



ISBN 978-3-407-25761-1